

WESTDEUTSCHER RUNDFUNK
Kulturelles Wort
Redaktion: Peter Faecke

„COPYRIGHT“

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwertet werden. Insbesondere darf es nicht ganz oder teilweise o. in Auszügen abgeschrieben, oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur mit Genehmigung des Westdeutschen Rundfunks Köln benutzt werden.

D R I T T E W E L T : T Ü R K E I

Gespräche, Interviews,
Texte zur gegenwärtigen Situation

Zusammenstellung: Peter Faecke

Sendung: Dienstag, 7. Dezember 1971, 20.00-22.00 Uhr, III. Progr.

Deutsche Welle 31 - 25 m
19.20 - 19.50

Deutsche Welle 5 Köln 1
Mittern. 1

Sprecher: Einige lexikalische Angaben -

TÜRKEI: Staat in Vorderasien mit kleinem Besitz in Südosteuropa - Thrakien -, damit Bosporus und Dardanellen beherrschend. Er umfaßt 780.576 qkm mit 31,4 Millionen Einwohnern, 1965.

Die Türkei ist einer der neueren Staaten, die der Erste Weltkrieg und die auf ihn folgenden Jahre schufen. Das Sultanat wurde 1922 abgeschafft. Im Frieden von Lausanne - 24.7.1923 - wurde die Türkei als freie Republik, die Anatolien und einen kleinen Teil Thrakiens umfaßt, anerkannt.

Außenpolitisch ist die Türkei wie kaum ein anderer asiatischer Staat dem Westen verbunden.

In der Türkei gedeihen als Folge der Formenwelt und des Klimas alle Kulturpflanzen der subtropischen und der gemäßigten Zone, vom Teestrauch, den Agrumen und der Baumwolle bis zu den anspruchslosen Getreidesorten und den Hackfrüchten. Die Großformen Anatoliens sind gekennzeichnet durch ein inneres Hochland, die Randgebirge fallen steil zu den Küsten ab, nur das westanatolische Gebirge dacht sich sanft und von großen Flüssen zerschnitten zur stark zerlappten Küste der inselreichen Ägäis ab.

Die Bodennutzung zeigt den Einfluß der Oberflächenformen und des Klimas recht deutlich. Von der Fläche der Türkei waren 1965 33,8 % Ackerland, Wein- und Baumpflanzungen, 35,9 % Wiese und Weide, 13,6 % Wald, 16,7 % unproduktiv. Die Hektarerträge (t/ha) sind gering: Weizen 1,2, Roggen 1,16, Mais 1,53, Kartoffeln 11,67. Dies ist nicht nur die

Folge ungünstiger klimatischer Verhältnisse, sondern auch der Arbeitsmethoden. 1965 gab es zwar schon 54.668 Traktoren, 42.600 Traktorpflüge und 19.100 Traktorscheibenpflüge sowie 4.300 Dreschmaschinen, daneben aber noch 2.031.400 Holzpflüge und 2.270.700 Dreschschlitten.

(Westermann's Lexikon, Ausgabe 1970)

(Einblendung Musik)

Sprecherin: Ein Lied aus dem 16. Jahrhundert, das von einem Volkssänger handelt, der hingerichtet werden soll.

(Einblendung Musik)

Sprecher: Kurzer historischer und klassenanalytischer Abriß.
Der nationale Befreiungskampf unter Kemal Pascha .

Sprecher: Durch die militärische Niederlage der Mittelmächte und ihres türkischen Bündnispartners im 1. Weltkrieg war das Osmanische Reich uneingeschränkt zum politischen Objekt der Entente geworden. Nach dem erklärten Willen der siegreichen Allianz sollte es auf den Status eines halbkolonialen Kleinstaats beschränkt werden. Gegen die Kapitulationspolitik der Hohen Pforte, das ist die türkische Regierung, die - eine Marionette in der Hand der siegreichen Mächte England, Frankreich, Italien, Griechenland - ihre feudalen Privilegien zu retten suchte, formierte sich eine Front nationalistisch gesinnter Militärs, unterstützt von patriotischen Beamten der intellektuellen Kleinbourgeoisie und sogar einem Teil der feudalen Landbesitzer. Der populäre General Mustafa Kemal (später Atatürk), der sich

auf ihm ergebene Truppenteile im Norden und Osten des Landes stützen konnte, organisierte eine national-revolutionäre Bewegung. Im September 1919 gelang auf dem zweiten Nationalen Kongreß in Sivas die Gründung der "Vereinigung für die Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien"; im April des folgenden Jahres konstituierte sich in Ankara die "Große Nationalversammlung der Türkei" als höchste politische Instanz des Landes, die Funktionen der Exekutive wie auch die der Legislative in sich vereinigend. Die "hohe Pforte" erklärte die Rebellen vogelfrei und verurteilte ihre Führer in Abwesenheit zum Tode.

Im Bürgerkrieg (1920-1923) kämpfte die kemalistische Armee, in der auch die Kurden organisiert waren, unterstützt durch die als Guerillas operierenden "Fliegenden Kolonnen" und breite Volksmassen gegen die auf Veranlassung der Entente gebildete "Armee des Kalifats" und die ausländischen Interventionsstreitkräfte. Der Sieg der kemalistischen Armee machte den Weg frei zur Schaffung eines neuen türkischen Staates, der sich, nach den Worten Atatürks, auf die nationale Souveränität stützen und eine uneingeschränkte bedingungslose Unabhängigkeit besitzen sollte. Die Verträge von Lausanne von 1923 brachten der türkischen Republik die internationale Anerkennung. Erklärtes Ziel des neuen Staates war die Schaffung einer nationalen Bourgeoisie, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben und umfangreiche Reformen nach europäischem Muster durchzuführen. Die Ideologie des Kemalismus war kein theoretisches System, sondern pragmatisch zusammengetragen.

Sprecher: Die 6 Prinzipien des Kemalismus

- Zitatspr.: 1) Modernismus bzw. Reformismus: die europäische Zivilisation sollte erreicht werden.
- 2) Nationalismus: der unabhängige türkische Staat sollte die ganze türkische Nation einschließen.
- 3) Republikanismus: Souveränität des Volks (Abschaffung der Monarchie).
- 4) Laizismus: Trennung von Kirche und Staat, Beseitigung des auf dem Islam beruhenden theokratischen Staates.
- 5) - ab 1933 -: Etatismus: Staatsinterventionismus mit gesamtgesellschaftlicher Zielsetzung unter Beibehaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform.
- 6) Populismus: Ein Volksbegriff, der das türkische Volk nur in seiner Gesamtheit, nicht klassenmäßig erfaßt.

Sprecher: Der Kongreß von Izmir im Februar 1923 sollte - entsprechend den Prinzipien des Populismus - allen türkischen Bürgern Gelegenheit geben, ihre Forderungen und Vorstellungen über den Aufbau des neuen Staates vorzubringen. Bezeichnenderweise war das landlose Landproletariat auf diesem Kongreß nicht vertreten, ein Umstand, der mit der Tatsache korrespondiert, daß in der Türkei bis heute eine Landreform nicht einmal ansatzweise durchgeführt worden ist. Eine gesetzlich vorgesehene amtliche Registrierung des Grundbesitzes würde, wenn man das Tempo ihrer bisherigen Durchführung als Maßstab ansetzt, wahrscheinlich noch 200 Jahre in Anspruch nehmen. Ebenso bezeichnend für das Verhältnis der Klassenkräfte in der Revolution war, daß die Forderung der

Arbeiterklasse nur insofern Berücksichtigung fand, als sie unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau einer nationalen Industrie waren und die Bildung eines städtischen Industrieproletariats förderten (nationale Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion, Arbeitsrecht usw.).

Das geforderte Streik- und Koalitionsrecht wurde hingegen nicht zugestanden. Die auf dem Kongreß beschlossene und in der Folgezeit durchgeführte Zurückdrängung des ausländischen Kapitals (Nationalisierung der ausländischen Tabakmonopole, Gesetz zur Förderung der Industrie 1927 usw.) machten den Weg frei für den Aufbau einer eigenständigen industriellen Basis.

So wurde unter der Republikanischen Volkspartei (CHP), der Partei Atatürks, auch der erste Schritt getan, um das Kernproblem der türkischen Revolution - den forcierten Nachvollzug der ursprünglichen Akkumulation - zu bewältigen. 1927 hatten 90,8 % aller Unternehmen weniger als 5 Beschäftigte, 95,7 % aller Fabriken produzierten ohne Motoren. Dieser Entwicklungsstand der Produktivkräfte und die geringe Kapitalhilfe der akkumulationswilligen Kleinbourgeoisie machten sehr bald deutlich, daß auf rein privatkapitalistischer Grundlage an die Schaffung einer schwerindustriellen Basis nicht zu denken war. Von der mangelhaften Infrastruktur, die hohe Investitionen erforderte, einmal ganz abgesehen.

Mit dem Etatismus zu Beginn der 30er Jahre griff die Regierung zum System eines massiven, teilweise politisch motivierten Staatsinterventionismus mit stark ausgeprägten

gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen. Über verschiedene staatliche und halbstaatliche Kreditinstitute entfaltete der türkische Staat eine aktive Investitionstätigkeit. Als Akkumulationsquelle diente der Export von Landwirtschafts- und Bergbauprodukten, die auf Grund der niedrigen Arbeitsproduktivität teilweise unterhalb ihres Äquivalents getauscht werden mußten. Die Schwerpunkte der staatlichen Investitionstätigkeit lagen im Bereich der Textil- und Montanindustrie. Die hohen Investitionen, die in der Montanindustrie erforderlich waren, konnte das Privatkapital nicht aufbringen. Die Investitionstätigkeit des Staates in diesem Bereich zeigt, daß die Bedeutung einer schwerindustriellen Basis für die Unabhängigkeit einer nationalen Wirtschaft klar erkannt wurde.

Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, die eine deutliche Verschlechterung der Terms of trade - der Handelsbeziehungen - mit sich brachte, sowie angesichts der ersten Industrialisierungserfolge der Sowjetunion erfolgte um 1933 eine Neubestimmung des estatistischen Prinzips. Man entwickelte ein Schwerpunktprogramm für industrielle türkischen Investitionen, den ersten Fünfjahresplan (1934-1938), dessen finanziellen Grundstock ein zinsloses Darlehen der UdSSR in Höhe von umgerechnet 10.000.000 Dollar bildete. Im Planzeitraum von 1934 - 1938 stieg die Summe der Bruttoinvestitionen erheblich. Die damit verbundene Erhöhung der agrarischen und leichtindustriellen Produktion führte zu einer fortschreitenden Verringerung des Konsumgüter- und Fertigwarenimports. 1939 produzierten türkische Unternehmer fast alle Konsumgüter, die den vollen

Bedarf aber noch nicht decken konnten. Trotz der forcierten Industrialisierung bildete der Agrarsektor weiterhin die Grundlage der türkischen Volkswirtschaft.

Die entscheidenden Reformen im gesellschaftlichen Überbau bestanden vor allem in der äußeren Angleichung der Türkei an die europäische Zivilisation. Übernahme der Zeitrechnung, Monogamie, Zivilehe, des lateinischen Alphabets, Verbot von Fes und Schleier, religiöser Titel und Kleidungsstücke und der Koranschulen, eine Sprachreform (Türkisierung bzw. Verdrängung fremdsprachiger Einflüsse) und einer Rechtsneuordnung (die außer dem italienischen StGB den Schweizer Code Civil, die Strafprozeßordnung Deutschlands und die Zivilprozeßordnung des Schweizer Kantons Neuenburg ins Türkische übertrug). Dabei war allein bei der Übernahme des lateinischen Alphabets zum Mittel einer Massenkampagne gegriffen worden, in der die Schreibkundigen auf die Dörfer geschickt wurden. Die Massen standen den Reformen verständnislos und ablehnend gegenüber. So sprechen z.B. die anatolischen Bauern bis heute von "unserer Ehe", die der Hodscha, der islamische Geistliche schließt, und der "fremden", der staatlichen Ehe. Und bis auf den heutigen Tag gelingt es den Grundbesitzern (den Aghas), die Rückständigkeit der anatolischen Bauern für ihre Zwecke auszunutzen.

Es zeigte sich schon in einem frühen Stadium der kemalistischen Revolution, daß die zahlenmäßig nicht sehr starke bürgerlich-modernistisch orientierte Führungsgruppe,

der radikalen Veränderung der türkischen Gesellschaft auf dem Lande nur vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit schenkte. Dies hatte zur Folge, daß das Schicksal von 4/5 des türkischen Volkes weiterhin in den Händen der Großgrundbesitzer, der Geschäftsleute sowie der ehemaligen staatlichen und religiösen Amtsträger lag. Diese regionalen Machteliten waren hochgradig durch religiöse Führer beeinflusst und ökonomisch vom Status quo abhängig. Ihr Konservativismus wurde unterstützt durch die größeren Grundbesitzer und die religiösen Führer, die gleichfalls ihre Autorität und ihr Prestige aus der verhältnismäßigen Isolierung der Provinzstadt schöpften. So kann es nicht verwundern, daß einige der Säkularisierungsbestrebungen auf dem Lande schon in den darauf folgenden Jahren und Jahrzehnten zum Erliegen kamen, oder sogar wieder rückgängig gemacht wurden. In den Fünfziger Jahren stärkte beispielsweise die Regierung Menderes den Einfluß der islamischen Geistlichkeit, ließ die reaktionären Derwisch-Orden wieder zu und löste zugleich die wichtigsten Institutionen zur "Hebung des kulturellen und politischen Niveaus der anatolischen Bevölkerung", die Volkshäuser, Volksstuben und Dorfinstitute, auf. Durch diese Maßnahme wurde nicht nur dem Plan, bis 1960 alle Dörfer mit provisorischen Elementarschulen auszustatten, die Grundlage entzogen, in der Regel gingen auch die dörflichen Bibliotheken verloren. All dies war unter dem Vorwand, auch hier den Kommunismus bekämpfen zu müssen, möglich. Die kemalistische Führungsgruppe ließ

sich mit dem harten Kern der Reaktion auf dem Lande,
also nicht nur auf ein zeitweiliges Stillhalteabkommen ein,
sondern auf eine faktische Teilung der Macht, die einem
dauerhaften Bündnis gleichkam.

(Einblendung Musik)

Sprecherin: (Übersetzung des Lied-Textes)

Hör zu, mein Sohn,
vor dem Unterdrücker sollst du dich nicht beugen,
den Verrätern und Räubern sollst du keine Gelegenheit bieten.
Selbst wenn man dich hängt,
mach aus dem Guten nichts Schlechtes.
Wehr dich gegen den Unterdrücker.

Sprecher: Die 1. nachkemalistische Periode - Einführung des
Mehrparteiensystems.

Sprecherin: Zwischen den beiden Weltkriegen war die politische Macht
in der Türkei in der Hand der Republikanischen Volks-
partei (CHP), der Partei des Staatsgründers Atatürk.
Sie bestimmte als einzige zugelassene Partei die gesamte
Innen- und Außenpolitik. Der große Vorteil, der innerhalb
der CHP organisierten Bürokratie war, daß sie nur begrenzt
eigene schichtenspezifische Wirtschaftsinteressen vertrat.
Sie orientierte sich beim Nachvollzug der ursprünglichen
Akkumulation weitgehend an den langfristigen Interessen
der Gesamtgesellschaft. Zwar bevorzugte der Staat der
kemalistischen Periode die Bourgeoisie gegenüber dem
Proletariat und der Bauernschaft, aber er war doch, wenn

auch in unterschiedlichem Ausmaß , gegenüber allen Klassen und Schichten der Gesellschaft verselbständigt. Das Bürgertum war in dieser Zeit nicht nur wirtschaftlich zu schwach, um den Staat als gesellschaftlichen Investor und Erneuerer ersetzen zu können. Aufgrund seiner ökonomischen Schwäche war das Bürgertum zugleich außerstande, die politische Macht aus eigener Kraft zu erringen und so zu einem Bündnis mit den traditionellen Oberschichten gezwungen. Dies wiederum führte dazu, daß als einziger Bereich des gesellschaftlichen Lebens die Wirtschaft liberalisiert wurde.

Dieser Zustand konnte nicht von Dauer sein. Einerseits bedurften die in Wirklichkeit herrschenden Klassen einer Form, in der die jeweils mächtigste Klasse bzw. die mächtigsten Fraktionen einer Klasse ihre objektiv gegebenen Interessen selbst durchsetzen können. Andererseits konnten der demokratischen und sozialistischen Opposition nicht länger alle demokratischen Rechte verwehrt bleiben, wenn auch die Arbeiterklasse wegen der geringen Industrialisierung noch sehr klein war und durch die unerbittliche Unterdrückung politisch sehr schwach geblieben war. So endete die Einparteiherrschaft der Kemalisten, die von Anfang an ihre Modernisierungspolitik nur mit Zugeständnissen an die stärksten Klassenfraktionen hatte durchlavieren können. 1946 wurde das Mehrparteiensystem eingeführt, dann die Pressezensur und das Verbot demokratischer und sozialistischer Organisationen gelockert, sowie weitere demokratische

Rechte festgelegt. Als sich jedoch zeigte, daß die Gewährung der Koalitionsfreiheit mit der Gründung zahlreicher Gewerkschaften, progressiver Parteien und Publikationsorgane verbunden war, kehrte die Regierung mit bemerkenswerter Schnelligkeit zu den Verhaltensweisen der zwanziger und dreißiger Jahre zurück. Noch im Winter 1946 wurden im Rahmen umfangreicher Polizeiaktionen die meisten der neu entstandenen Organisationen aufgelöst, ihre Verlage und Redaktionen geschlossen, ihre Führer verhaftet und vor Gericht gestellt. Im Frühjahr 1947 verschärfte sich der Druck auf die Arbeiterbewegung: den Gewerkschaften wurde unter anderem die Autonomie verweigert, jede politische Betätigung sowie der Anschluß an internationale Organisationen untersagt und auch die rein gewerkschaftliche Arbeit auf nationaler Ebene bedeutend erschwert. Die politische Unterdrückung richtete sich ausschließlich gegen die Arbeiterbewegung.

1946 hatte sich die Fraktion, die die Interessen der reaktionären Großgrundbesitzer und der rechten Teile der Bourgeoisie vertrat, aus der CHP abgespalten und die Demokratische Partei (DP) gegründet. Ihre Führer waren Menderes und Bayar. Es war ihr Ziel, die Republikanische Volkspartei (CHP) von der Staatsgewalt zu verdrängen und diese selbst zu erobern.

Aus taktischen Gründen war die Forderung nach Demokratie dazu das richtige Mittel. Einmal hatte die DP damit die Arbeiter- und das Kleinbürgertum auf ihrer Seite, zum anderen stand ein parlamentarisches System nicht im

Widerspruch zum Modernisierungsziel der Kemalisten. Daß die Forderung nach Demokratie bei der DP nur taktischen Erwägungen entsprungen war, beweist die weitgehende Abschaffung der Demokratie durch die DP, als das Ende der Alleinherrschaft der CHP absehbar war.

Schon 1950 hatte die DP ihr Ziel erreicht. Hatte sie sich 1946 noch mit 40 % ^{der} abgegebenen Stimmen zufrieden geben müssen, so gelang es ihr 1950 mit 396 von 487 Sitzen im türkischen Parlament die absolute Mehrheit zu erobern. Die türkische Bourgeoisie, die während des kemalistischen Regimes entstanden war, hatte jetzt die Staatsmacht direkt und selbst in die Hand genommen.

Derartige Wahlergebnisse sind in Anbetracht der türkischen Verhältnisse nicht erstaunlich. Bei 60 % Analphabeten auf dem Lande genügt ein bestochener Dorfvorsteher oder ein anderer Alphabet, die demagogische Beschwörung islamischer Traditionen sowie die Ausnutzung der Lage der Bauern, die oft an der Grenze des Existenz-Minimums leben, und das Dorf wählt geschlossen die "richtige" Partei.

Zweitens macht die Arbeiterklasse mit knapp 3,5 von 35 Millionen Einwohnern einen zu geringen Anteil an der Bevölkerung aus, um bei Parlamentswahlen ihre Interessen zum Ausdruck bringen zu können. Ihre permanente Unterdrückung tut ein übriges.

Sprecher: Die Herrschaft der "Demokratischen Partei" - oder
der Weg in die Abhängigkeit.

Sprecher: Die Außenpolitik der Republikanischen Volkspartei - CHP - hatte dem Vordringen des ausländischen Finanzkapitalismus eine erst zu nehmende Grenze gesteckt. Bis 1946 war die Handelsbilanz immer positiv gewesen, ebenso der Staatshaushalt; die CHP hatte die Kapiteleinfuhren relativ klein gehalten. Daß diese Politik nicht nur die ausländischen Finanzkapitalisten, sondern geradezu extrem auch die türkische Finanz- und Handelsbourgeoisie behinderte, wird aus der besonderen Entstehungsgeschichte des türkischen Kapitalismus verständlich.

Es wurde bereits dargestellt, daß zwei Umstände die Entstehung der türkischen Kapitalistenklasse entscheidend bestimmt hatten. Erstens, daß der Handel von Anfang an bei nationalen Minderheiten lag, die als solche politisch sehr schwach waren. Zweitens hatten diese politisch schwachen Handelsherren, als in der Türkei die Entwicklung des industriellen Kapitalismus begann, nicht das zu der Zeit bereits nötige Anfangskapital, um mit dem älteren europäischen Kapitalismus konkurrieren zu können. Das Industriekapital war daher von Anfang an überwiegend staatlich, dem privaten Kapitalisten blieb nur das Handels- und dann das Bankkapital.

Auch nach dem II. Weltkrieg blieben die Handelsinteressen gegenüber den direkten Interessen der Produktion für die türkischen Kapitalisten relativ wichtiger als für die

die Kapitalisten anderer Länder. Das erklärt zum Teil den Angriff der Demokratischen Partei, der DP, auf die CHP und ihren Kampf um die Staatsmacht. Nachdem sie die Staatsmacht direkt erobert hatte, wurde die Außenpolitik grundsätzlich geändert.

Die in und hinter der DP stehenden türkischen Finanz- und Handelskapitalisten verwirklichten die rücksichtslose "Freiheit" des Handels nach allen Seiten. Die staatlichen Außenhandelsorganisationen wurden aufgelöst, der Außenhandel kam in die Hand der Privatkapitalisten. Ebenso wurde der Handel mit den Produkten der staatlichen Industrie privatisiert. Der imperialistischen Kapitaleinfuhr, d.h. der ausländischen Beteiligung an türkischen Kapitalanlagen, sowie dem Aufbau neuer Betriebe mit ausländischem Kapital, wurde Tür und Tor geöffnet.

Diese "laissez faire"-Politik hatte langfristig schlimme Folgen. Die Jahre von 1950 bis 1960, die Regierungszeit von Bayar und Menderes, brachten nach einer kurzen Phase der Prosperität nicht nur eine rapide Verschlechterung der ökonomischen Situation (wachsende Staatsverschuldung, 1950 waren 95 % der türkischen Goldreserven verpfändet, Inflation und Geldentwertung) und eine zunehmende Verelendung der arbeitenden Bevölkerung, sie waren auch gekennzeichnet von dem Beginn eines wachsenden Zustroms ausländischen, vor allem US-amerikanischen Kapitals. Die Führer der Demokratischen Partei (DP), die Interessenvertreter der reaktionären Großgrundbesitzer und der rechten Teile der

Bourgeoisie sahen es als ihr Hauptziel an, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit - Zitat - "im Resultat unserer Politik unsere amerikanischen und englischen Freunde zufriedengestellt werden".

Gegen das Versprechen US-amerikanischer Wirtschaftshilfe fand sich die türkische Regierung bereit, im Rahmen der UN-Streitmacht ein Truppenkontingent nach Korea zu entsenden. Diese Entsendung seitens der Menderes-Regierung kostete das türkische Volk über 8.000 Menschen. Der politischen und militärischen Integration in das westliche Bündnissystem (1952 wurde die Türkei Mitglied der NATO, 1955 des Bagdad-Paktes - seit dem Austritt des Irak 1959 CENTO) folgte die zunehmende ökonomische Abhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital. Neben den privaten Direktinvestitionen US-amerikanischer Konzerne pumpten die USA reichlich öffentliche "Hilfsgelder" in die Türkei: von 1950 - 1963 über 4 Milliarden Dollar, davon allein an Militärhilfe 1,99 Mrd. Dollar).

Die USA errichteten im Laufe der Jahre über 100 Militärbasen in der Türkei und bauten türkische Mittelmeerhäfen zu Stützpunkten der 6. Mittelmeerflotte aus. Die türkische Armee wurde nach US-amerikanischem Vorbild umstrukturiert; Teile des Offiziers- und Unteroffizierskorps wurden in den USA und der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet. Die völlige Aufgabe des etatistischen Wirtschaftsprinzips, verbunden mit einer dem Profitinteresse der herrschenden Klassenfraktion entsprechenden Öffnung der einheimischen Märkte und Anlagesphären für industrielle Fertigwaren

und ausländisches Kapital stoppte den unter Atatürk begonnenen Industrialisierungsprozeß, die nationalen Rohstoffquellen kamen in den Besitz ausländischer Monopole. Der wachsenden inneren Opposition begegnete das Menderes-Regime mit brutalen Terrormaßnahmen und der Entdemokratisierung des öffentlichen Lebens.

Die verschärften Klassenauseinandersetzungen erreichten 1959/60 nach Massenentlassungen in der Textilindustrie ihren Höhepunkt und veranlaßten die Armeeführung, am 27. Mai 1960 in einem Staatsstreich das korrupte Regime zu stürzen und die Regierungsgewalt zu übernehmen. Menderes und seinen Komplizen (freilich nur denen, die im Lande und greifbar waren) wurde der Prozeß gemacht; er selbst, sein Außenminister Zorlu und Finanzminister Polatkan wurden gehängt, die Demokratische Partei verboten.

Sprecher: Die zweite nachkemalistische Periode

Sprecherin: Unter der Interimsregierung des Generals und späteren Staatspräsidenten Gürsel wurde der Kurs einer neu zu wählenden Regierung festgelegt: planmäßige Fortführung des unter Atatürk begonnenen wirtschaftlichen Aufbaus (zu diesem Zweck wurde 1961 das staatliche Planungsamt ins Leben gerufen und mit der Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes beauftragt), die Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten durch die Einsetzung einer neuen Verfassung, ferner die konsequente Trennung von Staat und Kirche, was vor allem das Verbot der unter Menderes erneut eingerichteten religiösen Schulen bedeutete.

Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung blieb jedoch aus. Die Planziele des ersten Fünfjahresplanes konnten nicht verwirklicht werden; beim zweiten Fünfjahresplan, der 1972 ausläuft, werden - soviel steht bereits fest - die Ergebnisse noch weiter unter den Plandaten zurückbleiben. Die defizitäre Haushaltspolitik der Regierung trieb den türkischen Staat weiter in die roten Zahlen: die gesamten Auslandsverpflichtungen waren 1970 auf 3,4 Milliarden angestiegen. Noch immer arbeiten 70 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft, nur 12 % in der Industrie und 13 % im Dienstleistungs-Sektor.

Ein Bericht aus dem Jahre 1968 über eine kurdische Ostprovinz in der Türkei macht deutlich, in welchem Ausmaß der Osten des Landes von den Säkularisierungs- und Industrialisierungsplänen Atatürks bis heute ausgeschlossen blieb.

Zitatspr.: "Tunceli ist eine unserer Provinzen. Auf ihren 7.774 qkm leben 155.000 Menschen. Die Provinz Tunceli hat 414 Dörfer. Von unseren Bürgern, die in Tunceli leben, können 61 % weder lesen noch schreiben. In den Dörfern erhöht sich der Anteil der Analphabeten auf 67 %. Von 414 Dörfern sind 122 ohne Bewässerung. 5 % aller Felder werden bewässert, 95 % sind Gottes Segen überlassen. In 414 von 414 Dörfern gibt es keine Kooperativen. Es gibt 30 Kaffeehäuser, 18 Gemeindegästehäuser. Von 414 gehören 368 Dörfer den Dörflern selbst. 12 Dörfer gehören einer Person. 34 Dörfer gehören einer Familie, d.h. in 46 gibt es Großgrundbesitz und Privateigentum an Dörfern. Es gibt im Ganzen 25 Traktoren,

5 Autobusse, 14 Lastwagen, 1 Transporter, 15.000 Holzpflüge, 47 eiserne Pflugscharen, 3 Mähdrescher. Laut Industriestatistik gibt es in Tunceli weder private noch staatliche Industrieanlagen. Natürlich gibt es auch keine Industriearbeiter. Stadtbeamte, Dorfbaghas, das sind Grundbesitzer, Händler, Stammesherrn beherrschen die Landschaft von Bauern. Und Gendarmen und Steuereinknehmer laufen dazwischen herum. So leben 155.000 Bürger einer unserer Ostprovinzen."

Sprecherin: Der Bericht stammt aus der Tageszeitung "Cumhuriyet".

Obwohl die Türkei noch immer ein Agrarstaat ist, müssen jährlich Lebensmittel importiert werden, weil mittelalterliche Eigentumsverhältnisse die Steigerung der Produktivität nahezu unmöglich machen. Von 23 Millionen ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden noch 18 Millionen ha mit einfachen mittelalterlichen Holzpflügen bearbeitet. Für 18 Millionen ha kommen Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und agrarwissenschaftliche Kenntnisse nicht zur Anwendung. Obwohl für ca. 8 Millionen ha die Möglichkeit der Bewässerung leicht geschaffen werden könnte, werden nur 1,5 Millionen ha wirklich bewässert. Die meisten Bauern sind gezwungen, sich als Landarbeiter zu verkaufen. Ein Teil der Bauern ist landlos, ein anderer Teil besitzt so wenig Boden bzw. so wenig andere Produktionsmittel, daß er ebenfalls in halbfeudaler Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer zu leben hat. Die Rückständigkeit der türkischen Landwirtschaft machen auch die folgenden Vergleichszahlen

deutlich: Danach liegen die durchschnittlichen Hektarerträge für Weizen im Jahre 1968 für Holland bei 42, für Ägypten bei 17, für Griechenland bei 16, in der Türkei aber nur bei 12 Doppelzentnern. Betrachtet man die letzten drei Jahre, so weisen die amtlichen türkischen Statistiken eine Steigerung der Erträge von nur 1 % aus. Auch die Exporte landwirtschaftlicher Produkte, und 90 % der türkischen Exportgüter sind landwirtschaftliche Erzeugnisse, sind absolut zurückgegangen. 1967 exportierte die Türkei landwirtschaftliche Produkte für 421 Millionen US-Dollar, 1968 waren es 404 und 1969 nur noch 403 Millionen US-Dollar. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen der türkischen Bauern liegt bei 100 Dollar. Die Arbeitslosenquote von 15 % liegt, rechnet man die versteckte Arbeitslosigkeit hinzu, in den Wintermonaten bei schätzungsweise 35 %. Die Landflucht ist dabei für die Bauern und Landarbeiter kein Ausweg. An den Stadträndern von Istanbul, Ankara und Izmir bilden sie, soweit sie nicht schon das Land als Gastarbeiter verlassen haben, eine Art Lumpenproletariat.

2 % der Bevölkerung verfügen über 40 % des Nationaleinkommens. Nur 2.000 Familien besitzen 80 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Von 40.000 Dörfern warten über 15.000 noch immer auf den Bau von Schulen, von Verbindungswegen und Straßen, Trinkwasseraufbereitungs- und Versorgungsmöglichkeiten. Der Ausbruch der Cholera im Oktober 1970 illustriert diese Tatsache in makabrer Weise.

Sprecher: Die türkische Armee - auch heute noch Hüterin der kemalistischen Staatsidee?

Sprecher: Als sie 1961 die Regierungsgewalt wieder in die Hände ziviler Politiker legten, blieben die Militärs eng mit dem Regierungsapparat verbunden. Führende Generale wurden zu Senatoren auf Lebenszeit ernannt; General Gürsel ließ sich zum Staatspräsidenten wählen. Die Armee machte auf diese Weise deutlich, daß sie ein gut Teil Mitverantwortung für die künftige Entwicklung der Türkei zu übernehmen gedachte. Dennoch ließ sie, die Bewahrerin des Kemalismus, es zu, daß die eben erst gestürzten Rechtskräfte bereits 1965 unter dem neuen Firmenzeichen "Gerechtigkeitspartei" (AP) erneut zur Macht gelangten. Was war geschehen?

Der Sturz des USA-freundlichen Menderes-Regimes und die dabei manifest gewordenen starken Linksströmungen innerhalb und außerhalb der Armee, waren ein Schuß vor den Bug der USA, in Zukunft vorsichtiger zu taktieren und sich vor allem der Unterstützung der Militärs zu versichern. Dies muß vor dem Hintergrund des sich verändernden internationalen Kräfteverhältnisses gesehen werden, welches die USA zu Beginn der 60er Jahre veranlaßte, die an der Südflanke der Sowjetunion gelegenen Staaten stärker an sich zu ketten und eine entsprechende "Umschichtung" ihres Militärhilfeprogramms zugunsten dieser Länder vorzunehmen.

Der Bericht eines türkischen CIA-Agenten an Oberst Dickson, Chef der CIA in der Türkei, noch zur Zeit des Menderes-Regimes verfaßt, verdeutlicht, wie die USA und die mit ihnen

verbündete Kompradorenfraktion die Rolle der Militärs und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung einschätzte. Der Bericht fordert die Liquidierung reformfreudiger Offiziere und Beamter und führt dazu aus:

Zitatspr.: Es ist eine unumstrittene Tatsache, daß die Armee im politischen Leben des Landes stets den wichtigsten Faktor bei der Stabilisierung des bestehenden politischen Regimes darstellt... Es stellt daher eine potentielle Gefahr für das Regime dar, da zur Zeit die meisten Offiziere, unter einer Reformpsychose leidend, blinde Anhänger von İnönü (CHP) und der Demokratischen Partei feindlich gesonnen sind... Überdies befindet sich ein Teil des Staatsapparats in den Händen der Oppositionsanhänger... In der Regierung herrscht Einigkeit darüber, daß eine Politik, die zur Abschaffung dieser Situation führt, nur in der Wiederherstellung der Befehls- und Ordnungswege und in der Paralisierung einiger von der CHP abhängigen und in Opposition zum Regime stehenden Institutionen bestehen kann. -

Sprecher: Gemeint waren u.a. die obersten Gerichtsinstanzen, vor allem das Verfassungsgericht und die Fernseh- und Rundfunkanstalt.

Zitatspr.: Während entsprechende Regierungsmaßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden, sollten demzufolge auch die gefährlichsten Regimegegner unter den Beamten und Offizieren festgestellt werden, damit sie im Rahmen eines Programms ausgeschaltet werden können.

Sprecher: Die Schaffung einer "sicheren" Armee im Auge, ging die in- und ausländische Reaktion daran, das Offizierskorps durch ein wohlausgewogenes System von "Bestrafungen" und "Prämierungen" planmäßig zu korrumpieren. Diese Kreise sahen die Ursache der "27. Mai-Bewegung", die das Menderes-Regime beseitigt hatte, hauptsächlich in der ungenügenden Besoldung der Offiziere begründet. So erging bereits unter Menderes das Versprechen, Eigentumswohnungen an die Offiziere zu verteilen; zu spät freilich, um den drohenden Sturz abzuwenden.

Auch die neue Regierung war sorgsam darauf bedacht, den Lebensstandard der Offiziere stets höher zu halten als den der übrigen Beamten. Neben die Gewährung vorteilhafter Bezugsrechte für ausländische Autos (Marke Volvo) trat die Vergabe von Luxusappartements und Eigentumswohnungen an höhere Offiziere. Auch ein superluxuriöses Offizierskasino, das mit einem Kostenaufwand von 130 Millionen türkische Lira, rund 33 Millionen DM, in Istanbul errichtet wurde, fehlte nicht im Geschenkprogramm der Regierung.

Zur Entschärfung der Situation trug weiterhin bei, daß die USA angesichts der wachsenden antiamerikanischen Stimmung in der türkischen Öffentlichkeit (Besuche der 6. Flotte in türkischen Häfen hatten jedesmal bürgerkriegsähnliche Straßenschlachten zur Folge) es für ratsam hielten, seit Mitte der 60er Jahre ihr "Engagement" in der Türkei zu verringern und dieses Betätigungsfeld im Rahmen einer arbeitsteiligen Strategie dem weniger kompromittierten Juniorpartner Bundesrepublik Deutschland zu überlassen.

Seit 1964 fließt denn auch die "Militär- und Wirtschaftshilfe" des alten "Waffengefährten" aus dem Ersten Weltkrieg reichlich: allein 100 Millionen DM Militärhilfe jährlich.

Sprecher: Brigadegeneral Bensin, Verteidigungsministerium Bonn:

O-Ton:
(Bensin)

Die Türkei hat seit 1964 von der Bundesrepublik Deutschland bis jetzt im Rahmen von 6 Tranchen NATO-Verteidigungshilfe in Höhe von 400 Millionen DM erhalten.

Zur Lieferung gelangte Verteidigungsmaterial aller Art.

In der Regel werden 50 % der Haushaltsansätze zur Beschaffung von neuem Material verwandt; für 50 % wird einsatzfähiges Material, was im Zuge der Umrüstung in der Bundeswehr freiwird, den Türken zur Verfügung gestellt, wobei sie selbst wählen können, welches angebotene Material sie haben möchten.

Die bis einschließlich der 6. Tranche, die zur Zeit Gültigkeit hat, ergriffenen Maßnahmen werden sich in das Jahr 1973 hinein erstrecken. Es ist vorläufig geplant, im Anschluß hieran eine weitere 7. Tranche NATO-Verteidigungshilfe in Höhe von 100 Millionen zu gewähren.

Die jüngsten politischen Ereignisse im vorderen Orient lassen es notwendig erscheinen, die Türkei in ihren militärischen Anstrengungen auch weiterhin zu unterstützen.

Wenn man in der Türkei ist, dann ist eins immer dort frap-
pierend, die unwahrscheinliche Freundlichkeit dem deutschen Volk und den Deutschen gegenüber und das unerhörte Vertrauen in unsere Leistung und damit also - wenn wir irgendein Projekt

annehmen, dann glauben die Türken, das ist 100 %ig, die Deutschen haben's in die Hand genommen. Und das macht uns natürlich sehr vorsichtig in der Auswahl, was wir ihnen anbieten, damit wir diesen Glauben in unser Können und unsere Fähigkeit nicht enttäuschen.

Im Grundsatz bieten wir der Türkei die gesamte Breite des Materials an, was in der Bundesrepublik frei wird, praktisch mit erster Priorität, und wir stellen es den Türken frei, ohne irgendwelchen Zwang auszuüben, sich aus diesem Paket das auszusuchen, was sie glauben, für ihre Streitkräfte am besten verwenden zu können.

Sprecher: Mit der Assoziierung der Türkei an die EWG im gleichen Jahr stieg die Bundesrepublik nicht nur zum wichtigsten Handelspartner der Türkei auf, auch die westdeutschen Privatinvestitionen, die 1970 einen Stand von 103 Millionen DM / erreicht hatten, wuchsen im letzten Jahr doppelt so schnell wie die US-amerikanischen.

Sprecher: Ministerialdirigent Elsom, Wirtschaftsministerium Bonn:

O-TON:
(Elsom)

Die Hilfe an die Türkei im weiteren Sinne besteht aus einer Vielzahl von einzelnen Komponenten. Zum Beispiel betrachten wir auch die Gastarbeiter, die wir in der Bundesrepublik haben, als einen Bestandteil deutscher Hilfe, dazu leisten wir einen Beitrag in Form der sogenannten technischen Hilfe, indem wir deutsche Experten hinschicken in die Türkei und dort versuchen, nun das technische Know-how etwas zu

vergrößern.

Frage: Wie hoch ist diese Hilfe zu veranschlagen? - gewesen im letzten Wirtschaftsjahr, im letzten Rechnungsjahr?

Elsom: Die technische Hilfe betrug rund - für die technische Hilfe von 1956 bis 1970 sind rund 54,8 Millionen D-Mark aufgewandt, im Jahre 1971 werden voraussichtlich weitere 10 Millionen D-Mark bereitgestellt.

Die Bundesrepublik hat ja doch sehr gute und traditionell-freundschaftliche Beziehungen zu der Türkei. Die Türkei ist ja Partner - assoziierte EWG, ist ja ein Partner der NATO, hat eine sehr wesentliche politische Bedeutung.

Die Bundesrepublik hat die Kapitalhilfe bereitgestellt in der Form von Krediten, und hat bisher insgesamt aufgebracht vom Jahre 1958, von diesem Zeitpunkt an begannen bereits Kredite an die Türkei zu fließen, bis zum Jahre 1971 einen Betrag von 2,27 Mrd. D-Mark. Diese Kredite waren früher verhältnismäßig kurzfristig und hatten früher einen verhältnismäßig hohen Zinssatz, einen Zinssatz von ungefähr 5,5 Prozent, und waren kurzfristig auf Dauer von 5 - 10 Jahren gegeben. Die neuen Kredite, die die Türkei seit 1968 erhält, haben einen Zinssatz von 2,5 Prozent, eine Laufzeit von 30 Jahren und eine rückzahlungsfreie Zeit von 8 Jahren.

Die früher gewährten Kredite stellten natürlich eine sehr große Belastung der türkischen Zahlungsbilanz dar.

Und deswegen haben wir den Türken eine Umschuldungshilfe gewährt, indem wir die Bedingungen der früheren Kredite zum Teil mit besseren Konditionen versehen haben. Wir haben

zum Beispiel die Laufzeit nachträglich verbessert, wir haben die Zinssätze nachträglich herabgesetzt und haben auch gewisse Rückzahlungsbeträge völlig gestundet. Dazu kommt, daß es die Bilateralhilfe, wie wir sie nennen, das ist die Hilfe, die die Bundesrepublik an die Türkei gibt. Die Hilfe der Bundesrepublik an die Türkei hat verschiedene Komponenten: sie besteht aus a) der sogenannten Programmhilfe. Die Programmhilfe bedeutet, daß die Türken berechtigt sind, mit diesen Krediten Waren in der Bundesrepublik einzukaufen. Dann gibt es die sogenannte Projekthilfe, damit werden konkrete Projekte finanziert. Die Hilfe, die wir 1971 geben, beträgt insgesamt einen Betrag von - hat einen Betrag von 188,3 Millionen D-Mark. Die Bundesregierung ist bereit - vorbehaltlich natürlich der Projektprüfung und der Verfahren, die hier in der Bundesrepublik laufen - das türkische Fernsehen aufzubauen mit Hilfe deutscher Kapitalhilfe und geht auch davon aus, daß eines Tages auch wohl dort das Fernsehen eingerichtet wird. Ich darf Ihnen versichern, daß die Bundesregierung an derartigen Einrichtungen sehr großes Interesse nimmt, weil sie der Auffassung ist, daß die Vermittlung von Nachrichten, die Übermittlung von weiterbildenden Texten und auch Fernsehsendungen durchaus im Bereich der Entwicklung liegt. Es wäre also völlig verkehrt heute zu sagen, Entwicklung ist nur eine wirtschaftliche Entwicklung, Entwicklung ist auch eine sozialpolitische und auch gesellschaftliche Aufgabe.

Sprecher: War die Mehrheit des Offizierskorps der 500.000 Mann starken türkischen Armee durch Ausbildung in bundesdeutschen und US-amerikanischen Militärschulen sowie infolge der Gewährung zahlreicher Privilegien ideell wie materiell auf das westliche Paktsystem eingeschworen, so traten seit 1961 handfeste wirtschaftliche Interessen hinzu. Den Ausgangspunkt bildete die Gründung einer "Unterstützungskasse der Armee" (OYAK) am 3. Januar 1961. Die Kasse, einer berufsgenossenschaftlichen Alters- und Invaliditätsvorsorge entsprechend konzipiert, mauserte sich im Laufe weniger Jahre zur zweitgrößten Unternehmensgruppe der Türkei und gleicht mittlerweile eher einer Holding-Gesellschaft. Im Aufsichtsrat der "Gesellschaft" sitzen hohe Militärs, wie der Vorsitzende General Elbisim, Kommandeur der 28. Heeresdivision, und Zivilisten wie Özel Derbil, Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen im neuesten, unter der Regierung der Generale gebildeten Kabinettt Erim. Der Aufstieg führender Militärs in einflußreiche Positionen der türkischen Wirtschaft war kometenhaft. Die Unterstützungskasse - 1961 mit einem Anfangskapital von 44 Millionen türkischen Lira gegründet - verfügte bereits 1970 über ein Stammkapital von 915 Millionen türkischen Lira. Im gleichen Zeitraum wurden Mitgliedsbeiträge in Höhe von 973 Millionen türkischen Lira kassiert. Die Hauptaktivität entfaltete die Kasse bei der Anlage ihrer Gelder in profitträchtigen Zweigen der "türkischen" Wirtschaft. So wurden insgesamt 411 Millionen türkische Lira investiert, und zwar in Form von Beteiligungen und Eigengründungen

(298 Millionen), Ankauf von Wertpapieren und Schuldverschreibungen (81 Millionen) sowie Immobilien (26 Millionen). Von 1961 bis 1970 erzielte die "Gesellschaft" Gewinne in Höhe von insgesamt 202 Millionen türkischen Lira, davon allein im Jahre 1969 120 Millionen. Zahlreiche Beteiligungen an Unternehmen, die ganz oder teilweise durch ausländisches, vorwiegend US-Kapital (z.B. Good Year) kontrolliert werden und durchweg in wachstumsstarken Branchen angesiedelt sind (wie z.B. Turkish Petroleum, die Motorlu Tasitlar Ticaret A.S. (Automobilmontage) oder die Petkin A.S. (Petrochemie) usw., dokumentieren die engmaschige Interessenverflechtung zwischen der türkischen Armeespitze und dem ausländischen Monopolkapital. Die Unterstützungskasse, die 1970 dazu überging, Dividende an ihre Mitglieder zu zahlen, ist seit diesem Jahr auch mit Renault liiert; besagter Minister Derbil sitzt auch hier, bei der türkischen Zweigniederlassung des französischen Automobilkonzerns im Aufsichtsrat. Dementsprechend fährt das türkische Offizierkorps nicht mehr Volvo; Favorit ist - durch besondere Bezugsrechte begünstigt - seit neuestem Renault.

Vor diesem Hintergrund wird das Ultimatum der Generale vom 12. März 1971 ins rechte Licht gerückt. Die Unfähigkeit der Regierung Demirel, der immer offener zutage tretenden Krise der türkischen Wirtschaft (die in erster Linie eine strukturelle und weniger eine zyklische ist) Herr zu werden, gefährdete unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen der Generalität. Die Maßnahmen der Regierung zur

Disziplinierung der sich immer kampfbewußter zeigenden Arbeiter, Bauern und Studenten waren in den Augen der Militärs nur Halbherzigkeiten.

Sprecher: Die Gründung der türkischen Arbeiterpartei und die Entwicklung der türkischen Gewerkschaften.

(Einblendung Musik)

Sprecherin: (Übersetzung des Lied-Textes:)

Kommt Brüder, wir vereinigen uns,
wir erklären den andern den Kampf.
Wir erkämpfen das Recht der Armen.
Wir heben unsere Fahne hoch.
Aus ist's mit der Zeit der anderen -
das Messer der Liebe in der Hand.

Sprecherin: Nach Verabschiedung der liberalen Verfassung von 1961 konnte sich die Arbeiterbewegung in der Türkei nach 50 Jahren schärfster Unterdrückung zum ^{ersten Mal} halbwegs frei organisieren. Streikrecht und Koalitionsfreiheit wurden in den Artikeln 46 und 47 der Verfassung verankert. Als legale politische Vertretung der türkischen Arbeiterklasse entstand die Türkische Arbeiterpartei (TIP). Die Kommunistische Partei blieb allerdings weiterhin illegal, und ebenso blieben die Paragraphen 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches in Kraft, die allen denjenigen Strafen zwischen 8 und 15 Jahren Gefängnis androhen, die

Sprecher: - auf irgendeine Art und Weise versuchen Vereinigungen zu gründen, zu organisieren, zu leiten oder zu beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen.

Sprecherin: Gefängnis zwischen 5 und 15 Jahren soll erhalten -

Sprecher: - wer auf irgendeiner Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu begründen.

Sprecherin: Diese beiden Paragraphen waren im Jahre 1936 aus dem Strafgesetzbuch des faschistischen Italien übernommen worden. War jedoch die Strafbarkeit im italienischen Vorbild an die Voraussetzung des gewaltsamen Umsturzversuchs gebunden, so entfiel diese in der türkischen Fassung. Auch wurden die Strafmaße gegenüber dem italienischen Vorbild wesentlich erhöht. Die Illegalisierung jeder Verfolgung von Klasseninteressen in politisch organisierter Form, die zusammenfiel mit dem Anwachsen der Arbeiterschaft in Industrie und Bergbau am Beginn der dreißiger Jahre, fand ihre ideologische Rechtfertigung in der kemalistischen Staatsdoktrin, für die es soziale Klassen in der Türkei überhaupt nicht gab, sondern lediglich durch gemeinsame Interessen verbundene Berufsgruppen. Dazu Kurt Steinhaus in seinem Buch "Soziologie der türkischen Revolution":

Sprecher: "Die angebliche Nichtexistenz von Klassen machte aus den objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes kriminelle Delikte, lieferte also die ideologische Begründung dafür, den politischen Kampf nicht nur mit rassischen und religiösen, sondern auch mit sozialen und ökonomischen Zielsetzungen unter Strafe zu stellen. Hierdurch wurde nicht nur die Beseitigung der Überreste des Feudalismus in Anatolien blockiert, sondern auch die Entstehung einer wirksamen Arbeiterbewegung um Jahrzehnte verzögert."

Sprecherin: Unter dem Druck einer ständigen Verbotsdrohung nach den Artikeln 141 und 142 war die TIP zu vorsichtigem ^{legalistischen} Taktieren gezwungen, was es ihr auch unmöglich machte, sich offen mit der immer militanter werdenden Studentenbewegung zu solidarisieren. Wichtiger als die eher bescheidenen Wahlerfolge der TIP - bei den Wahlen von 1965 erhielt sie etwa eine viertel Million Stimmen und 15 Sitze in der Nationalversammlung, 1969 bei leichten Stimmenverlusten durch Änderung des Wahlgesetzes nur noch 2 Mandate - war die durch die neue Verfassung ermöglichte breite Aufklärung des türkischen Proletariats und das Wachsen einer ant imperialistischen Bewegung, die weit über das Wählerreservoir der TIP hinausging.

Neben den in der Föderation Türk-İş zusammengeschlossenen "gelben" Gewerkschaften - sie wurden unter Mithilfe von US-Beratern gegründet und finanzieren sich seitdem hauptsächlich mit amerikanischen Geldern - entstand der sozialistische Gewerkschaftsbund DISK.

Bereits 1964 hatten die Branchengewerkschaften der Metall- und Gummiarbeiter Maden-İş und Lastik-İş die regierungshörige Föderation Türk-İş verlassen, es folgten die Chemiearbeiter und eine Reihe weiterer Einzelgewerkschaften, und im Jahre 1967 schlossen sie sich unter dem Namen DISK (Revolutionärer Gewerkschaftsbund) zusammen. Seit 1968 nahmen die Arbeitskämpfe - vor allem in Istanbul, Ankara und Izmir - immer schärfere Formen an. In den Derby-Gummiwerken und im Nähmaschinen-Werk Singer kam es im Juli 1968 und im Januar 1969 zu ersten Fabrikbesetzungen. Eine einwöchige Besetzung der Eisengießerei des Koç-Konzerns im Istanbuler Vorort Silahtar im Juli 1969 führte zu einer Straßenschlacht mit der Bereitschaftspolizei, an der sich auch die Frauen und Kinder der streikenden Eisengießer beteiligten, schließlich zum Einsatz der Armee. Fast die gesamte Belegschaft der Gießerei tritt nach dem Streik, den die Gewerkschaft Türk-İş vergeblich zu verhindern versucht hatte, in die Föderation DISK ein. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich in den meisten bestreikten Betrieben ab. Um einen weiteren Mitgliederschwund bei Türk-İş zu verhindern, wird in das im Juni 1970 verabschiedete neue Gewerkschaftsgesetz eine Klausel eingebaut, die die Bestätigung eines Gewerkschaftswechsels durch einen Notar erforderlich macht, verbunden mit einer Gebühr von 60 bis 95 türk. Lira, was dem Lohn von 2 - 3 Arbeitstagen entspricht. Gleichzeitig wird in dem Gewerkschaftsgesetz das Recht, Tarifabkommen abzuschließen, auf die "gelbe" Gewerkschaft Türk-İş beschränkt.

Dieser Versuch einer Liquidation der DISK auf kaltem Wege wird in Istanbul und Ankara mit spontanen Demonstrationen von über 100.000 Arbeitern beantwortet.

Gegenwärtig prüft das türkische Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Gesetzes.

Bei DISK sind heute etwa 125.000 Arbeiter organisiert, gegenüber immer noch 400.000 bei Türk-İş. Die Mehrzahl der letzteren würde allerdings nach Auffassung von DISK den "gelben" Gewerkschaftsbund verlassen, wenn die neue Übertrittsklausel nicht bestünde.

Schon frühzeitig war es in der Arbeiter-Partei zu ideologischen Richtungskämpfen gekommen. Der Charakter dieser Partei als Bündnis aller progressiven Kräfte links von der Kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) mußte zwangsläufig zu inneren Auseinandersetzungen führen, die anlässlich der Intervention der Warschauer Pakt-Staaten in der CSSR erstmals offen zutage traten. Der reformistisch orientierte Flügel unter Mehmet Ali Aybar plädierte - nicht zuletzt aus taktischen Gründen - für eine Verurteilung der Intervention gegen den heftigen Widerstand des orthodox-marxistischen Flügels unter Sadun Aren und Behice Boran. Ein weiterer Konflikt entzündete sich an einer grundsätzlichen Frage der richtigen Klassenanalyse der Türkei: Sind im Lande noch relevante Reste des Feudalismus vorhanden und steht daher zunächst die Auseinandersetzung mit den Großgrundbesitzern auf der Tagesordnung, oder ist in der heutigen Türkei der Hauptklassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital zu sehen, und ist somit die sozialistische

Revolution unter Führung der türkischen Arbeiterklasse das unmittelbare Ziel? Die vor allem von dem Theoretiker Mihri Belli vertretene erste These fand besonders unter der studentischen Linken Anhänger.

Sprecher: Die türkische Studentenbewegung.

Sprecher: Die türkische Studentenbewegung, die sich zunächst völlig eigenständig und nahezu unbeeinflusst von der Studenten-Revolte in Westeuropa entwickelte, hatte gegen Ende der 50er Jahre in den Aufständen gegen das halbfaschistische Menderes-Regime ihren Anfang genommen. Die blutigen Straßenkämpfe zwischen Studenten und Polizei, die zahlreiche Todesopfer forderten, veranlaßten schließlich die Armee zum Eingreifen auf der Seite der Studenten und zum Staatsstreich. In dieser Phase war die Bewegung stark vom Kemalismus inspiriert und hatte keinerlei sozialistische Perspektiven. Dies galt zunächst auch für die zweite Phase, die Massenmobilisierung anlässlich der Zypern-Krise in den Jahren 1963/64. Es gelang nur teilweise die an der Zypern-Frage entflammten antiamerikanischen Emotionen zu politisieren. Inzwischen hatten sich aber im Zuge der dem Militärputsch folgenden Liberalisierung an fast allen Universitäten marxistische Arbeitskreise gebildet, die sich 1964 auf Anregung der Arbeiterpartei unter dem Namen "Verband der Ideen-Klubs" (FKF) zusammenschlossen. Der FKF holte die versäumte theoretische Arbeit nach und übernahm die ideologische Führung der Studentenbewegung,

er stand auch stets an der Spitze in den Kämpfen mit der für ihren brutalen Einsatz berüchtigten toplum polisi, sogenannten der/Gesellschaftspolizei, und entwickelte immer neue Taktiken im Straßenkampf.

Sprecher: Repression und bewaffneter Terror von rechts

Sprecher: Nach ihren ersten Erfolgen wurde der türkischen Arbeiterpartei (TIP) durch versteckte und offene Repressionsmaßnahmen die politische Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments zunehmend erschwert. Diese Repressionsmaßnahmen richteten sich ab 1967 auch gegen den Gewerkschaftsverband DISK, gegen Studentenorganisationen und Bauern. Die Regierung Demirel hatte richtig erkannt, daß einem Bündnis von Arbeitern und Bauern die Herrschaftsverhältnisse in der Türkei nicht standgehalten hätten. Um der Ausbreitung von Bauern-Bünden zuvorzukommen, nutzte sie die reaktionären ideologischen Traditionen des Islam aus, um die Rechtsfanatiker zu Pogromen gegen die Organisationen der Arbeiter aufzuhetzen. Dazu ein Beispiel: Faschistische Trupps verübten Bombenanschläge auf Moscheen und schoben der Arbeiterpartei bzw. den Gewerkschaften die Schuld in die Schuhe. Die aufgebrachten Gläubigen legten daraufhin Parteihäuser, Druckereien und Redaktionen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften in Schutt und Asche. Durch solche Methoden und eine gezielte Wahlrechtsänderung gelang es nach den Wahlen von 1969, die türkische Arbeiterpartei weitgehend aus dem Parlament zu verdrängen.

Auch in den Städten griff die Polizei immer häufiger zu dem Mittel, bewaffnete Schlägertrupps fanatischer Moslem-Organisationen und Kommandos der von Ex-Oberst Alpaslan Türkeş begründeten faschistischen Terrororganisation 'Boskurt' - 'Grauer Wolf' - gegen Studenten und Arbeiter einzusetzen. Bewaffnete Überfälle auf Studentenheime und linke Buchhandlungen waren die Regel. Anlässlich einer Demonstration gegen den Besuch der 6. US-Mittelmeer-Flotte in Istanbul am 16. Februar 1969, der als 'Blutiger Sonntag' in die Geschichte einging, kesselte die Polizei einen kleinen Teil Demonstranten auf dem Taksim-Platz ein, um anschließend bewaffnete Schlägertrupps durch den Kordon einzuschleusen. Diese Schlägertrupps veranstalteten unter den Demonstranten ein blutiges Gemetzel.

Die Verflechtung von Regierung, Polizeiapparat und faschistischen Gruppierungen wird durch die Doppelfunktionen einzelner Politiker, Minister und Staatsfunktionäre augenfällig: So begünstigte in den Jahren 1965 bis 1968 Dr. Faruk Sükan, damals Minister des Inneren, einem Bericht der Zeitung LE MONDE zufolge, die Organisation von rechtsextremen Gruppierungen, um so linksorientierte Studentenorganisationen und die türkische Arbeiterpartei (TIP) zu neutralisieren. Zur gleichen Zeit unterstützte Omer Nasi Bozkurt, Polizeidirektor, mit der gebotenen Diskretion eine der aktivsten faschistischen Gruppierungen "ülkü ocakları" ("unser heimisches Ideal").

Progressive Studenten klagten die Polizei, die die Aktivitäten faschistischer Gruppen toleriert und unterstützt

hatte, an, den Prozeß der Gewalttätigkeit ausgelöst zu haben. Sie, die Studenten, hatten anfangs nur aus Gründen der Selbstverteidigung zu den Waffen gegriffen, diese später aber auch zu Angriffen benutzt. (s. dazu Paul Ballta in LE MONDE, 13.8.1971)

Sprecher: Bis zum 12. März 1971 wurden durch Staatsorgane und rechtsradikale Kommandos ermordet: 14 Arbeiter und drei führende Mitglieder der Arbeiterpartei, 8 Bauern und 3 Studenten. Die Mörder von sechs der Opfer wurden während der jüngsten Militärgerichtsverfahren der Staatsanwaltschaft angezeigt. Einige waren schon vorher namentlich bekannt. Gerichtliche Schritte gegen die mutmaßlichen Mörder wurden allerdings nicht eingeleitet. Ein Beispiel für viele: Der Studentenfürher Taylan Özgür, von der Middle-East-Technical-University, der im Januar 1969 den Cadillac des US-Botschafters und ehemaligen CIA-Agenten Robert Komer in Brand gesteckt hatte und sich deshalb auf der Flucht vor den Sicherheitsorganen befand, wurde 6 Monate später auf dem Freiheitsplatz in Istanbul von dem Polizisten Iksan Çakici erkannt und durch einen Schuß in den Rücken ermordet. Çakici konnte in einem Polizeiwagen vor der aufgebrachten Menge fliehen und wurde kurz darauf zum Kommissar befördert.

Sprecher: Dev-Genc - Revolutionärer Jugendverband

Sprecher: Durch die Repression und den bewaffneten Terror von rechts radikalisierte sich die Studentenbewegung und entfremdete sich gleichzeitig mehr und mehr von der TIP.

Der "Verband der Ideen-Klubs" (FKF) gab sich Ende September 1969 den neuen Namen "Türkischer revolutionärer Jugend-Verband" - in der Türkei heute unter der Abkürzung "Dev-Genc" bekannt. (Das Wort Dev, die Abkürzung von Revolutionär, heißt auch Riese). Dev-Genc suchte zunächst nach konkreten Formen der Zusammenarbeit mit Arbeitern und dem Landproletariat. Sie nahm an Fabrikbesetzungen teil und schickte Aktionskomitees zur Agitation in die Dörfer. Dies war umso leichter möglich, als die Türkische Studenten-Bewegung sich von Anfang an nicht als das eigentliche revolutionäre Subjekt begriff und kein elitäres Gruppenbewußtsein entwickelte.

Im Gefolge ideologischer Richtungskämpfe gingen aus der Dev-Genc eine Reihe neuer Organisationen und Splitter-Gruppen hervor, vor allem pro-chinesischer und guevaristischer Tendenz. Die Guevaristen taten sich durch eine Reihe spektakulärer Aktionen hervor: Banküberfälle, Entführungen von GI's. Einige Mitglieder dieser sogenannten türkischen Tupamaros waren in weiten Kreisen der Bevölkerung zeitweilig sehr populär. So wurde der am 9. Oktober zum Tode verurteilte Deniz Gezmiş wie ein Volksheld gefeiert. Von der Arbeiterpartei (TIP) bis hin zu den Maoisten wurden die Aktivitäten dieser Gruppe allerdings als abenteuerlich und gefährlich für die gesamte linke Opposition abgelehnt. Mit der Entführung und der Ermordung des israelischen Generalkonsuls und Geheimdienstlers Elrom ^{auch} verspielte sie/einen Großteil ihrer Popularität in der türkischen Bevölkerung.

Einzelne Gruppen der Dev-Genc, die mit jungen Offizieren in Verbindung standen, setzten auf eine Eskalation der Gewalt, die die Armee auf den Plan rufen und die Möglichkeit schaffen sollte, ein Regime i h r e r Vorstellungen einzusetzen.

Eine Agitationswelle, die das ganze Land ergriff, schien ihre These zu erhärten. Bauern besetzten die Ländereien der Großgrundbesitzer (Aghas), kleine verschuldete Grundbesitzer demonstrierten.

Die Reaktion der Regierung wie der im Parlament vertretenen bürgerlichen Parteien ließ nicht lange auf sich warten. Anfang 1970 wurde ein ganzes Bündel von Verfassungsänderungen und Gesetzesvorlagen eingebracht. Die hervorstechendsten waren: Einschränkung des Demonstrationsrechts - Demonstranten können zum Militär eingezogen werden -, Einschränkung der politischen Bewegungsfreiheit, Verbot von Vereinigungen usw.

In einer Reihe kurdischer Provinzen im Osten des Landes wurden von besonderen Militäreinheiten Einschüchterungsaktionen durchgeführt. Den Vorwand zu diesen Operationen lieferte "die Jagd auf Banditen". Die Großgrundbesitzer (Aghas), die sich solche Banditen, bewaffnete Gangs, bekanntlich halten, blieben von den militärischen Säuberungsaktionen verschont.

Hier ein Bericht aus der Provinz Diyarbakir:

Sprecher: Silvan wurde mit 6 Helikoptern des 2. Kommandos der Gendarmerie, 200 motorisierten Einheiten, ungefähr 4.000 bewaffneten Gendarmen und Kommandos mit zusätzlicher Unterstützung durch Bombenflugzeuge umzingelt. Ohne richterliche Durchsuchungsbefehle und ohne Vorankündigung wurden von 4 Uhr früh bis 19 Uhr - genau 17 Stunden lang - die Häuser und Geschäfte der Stadt durchkämmt und die Einwohner auf drei Lager aufgeteilt und dort gefoltert.

Im Stadtteil Feridun wurden Mulla Mahi und sein Onkel ausgepeitscht. Als Mulla Mahi bei der Staatsanwaltschaft darüber Klage führte, wurde er vom Staatsanwalt hinausgeworfen, von der Gendarmerie in Haft genommen und bis zum Morgen gefoltert. Hierauf führte dieser Bürger aus Angst keine weitere Klage.

Abdul Kerim Ceyhan, Bürger von Silvan, berichtete folgendermaßen über die Ereignisse: Am 8. April 1970, gegen 3 Uhr früh, kreisten etwa 4.000 Soldaten, 200 motorisierte Einheiten und sechs Helikopter, unterstützt von Jagdbombern, Silvan ein. Ohne Vorankündigung wurden Leute aus den Häusern geholt, ausgepeitscht und in drei verschiedenen Vierteln in Lagern interniert. Nach dreistündigen Folterungen ließ man Schüler und Beamte frei. Die zurückgebliebenen Frauen und Männer wurden bis 19 Uhr gefoltert. Ich und Nusret Bilici sowie der Bürger Mahmut Okutuci gingen zum Landratsamt, wo uns der Landrat, nachdem wir über die Vorfälle berichtet hatten, sagte: "Haut ab!"

Sprecher: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung

Sprecherin: In den letzten Jahren der Demirel-Ära war die wirtschaftliche Misere für größere Bevölkerungsteile unerträglich geworden. Zahlen sprechen für sich: Von 1960 bis 1970 waren die Preise um 200 %, die Löhne dagegen nur um 45 % gestiegen. Allein im Jahre 1969 waren die Preise für Obst und Gemüse durchschnittlich um 50 % gestiegen. Nach amtlichen türkischen Angaben verdiente ein türkischer Industriearbeiter 1968 täglich durchschnittlich 28 türk. Lira, 1969 dagegen nur 27,7. Sein Tageslohn war also sogar abgesunken. Wenn man bedenkt, daß in den Randgebieten der Industriestädte für eine einfache unmöblierte Wohnung über 500 türkische Lira Miete monatlich zu zahlen sind, das sind ungefähr DM 130,-, ein kg Fleisch 15-20, 1 kg Butter 20 und ein einfaches Nylonhemd 30 - 50 türkische Lira kosten, dann kann man sich ein Bild von den Lebensbedingungen eines Industriearbeiters machen. Die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zwischen 1967 und Anfang 1971 nahmen sich in Istanbul so aus:

Sprecher:	Hammelfleisch	1967	13,50,	1971	18,00 TL
	Reis	1967	3,42,	1971	5,50 TL
	Fett	1967	7,00,	1971	12,00 TL
	Zucker	1967	3,50,	1971	4,75 TL
	Yoghurt	1967	13,00,	1971	5,00 TL
	Brot	1967	1,13,	1971	1,50 TL

Sprecherin: Die Länder des Türkei-Konsortiums, das sind die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen EWG-Staaten, hatten bereits die weitere Vergabe von Krediten von einer Abwertung des türkischen Pfundes abhängig gemacht. Im August 1970 kam die Regierung Demirel diesem unmißverständlichen Ersuchen nach: Sie wertete das türkische Pfund um 66,6 % ab. Diese Abwertung führte zu weiteren Preisanstiegen um 15 %. Obwohl die Abwertung nur den Reflex auf den relativen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstellt, wurde dort gerade die Stagnation der türkischen Wirtschaft durch die Politik und den Druck des ausländischen Finanzkapitals hervorgerufen, das wiederum am stärksten von dieser Abwertung profitierte.

Das rechtsliberale Wochenblatt DEUTSCHE ZEITUNG / CHRIST UND WELT trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es feststellt: "Die Türkei scheint in dem heiklen Stadium, in dem Hunderte von Entwicklungsmillionen die sozialen Spannungen nicht gemildert, sondern im Endeffekt gesteigert und damit das politische Fundament unterhöhlt haben...".

Da die Investitionen dieses "Entwicklungshilfe"-Konsortiums sich nicht an den Bedürfnissen des türkischen Volkes orientieren, sondern ausschließlich an Kriterien der Profitmaximierung der Kapitalgeber, verschärfen sie nur die Situation der Türkei. Indem sie einen erheblichen Teil ^{erzielten} der/Profite transferieren - es wird mehr transferiert als investiert -, verschärfen sie die relative und absolute Stagnation.

Im Jahre 1965 flossen - türkischen Quellen zufolge - 22 Millionen Dollar ausländisches Privatkapital in die Türkei, während 17 Millionen Dollar Gewinne herausgezogen wurden. Im Jahre 1967 stand Kapital-Importen von 17 Millionen Dollar ein Profit-Transfer von 25 Millionen Dollar gegenüber. 1968 verschlechterten sich die Verhältnisse für die Türkei weiter: 12,8 Millionen Dollar an ausländischen privaten Kapitalimporten stand ein Profittransfer von 28,8 Millionen Dollar gegenüber.

Sprecherin: (Übersetzung Lied-Text)

Wie kann sowas geschehen?

Wie kann ein Bruder den andern ermorden?

Ihr verdammten Diktatoren!

Dieses Land überlassen wir euch nicht.

(Einblendung Musik)

Sprecher: Das Memorandum vom 12. März

Sprecher: "1. Die Regierung und das Parlament haben durch ihre Haltung, ihre Ansichten und ihre Handlungen unser Land in Anarchie, Bruderzwist, in soziale und wirtschaftliche Unruhe gebracht und das Vertrauen aller verloren, den Grad einer modernen Zivilisation zu erreichen, den Atatürk uns als höchstes Ziel gezeigt hat. Sie haben die Reformen, die die Verfassung vorsieht, nicht durchgeführt. Aus diesem Grund ist die Zukunft der Türkischen Republik in höchstem Maße gefährdet.

2. Wir halten die Bildung einer überparteilichen, starken und vertrauenswürdigen Regierung unter den Regeln der Demokratie für notwendig. Sie muß die Sorge und Verzweiflung der Türkischen Nation und ihrer Streitkräfte und die Anarchie beseitigen und die Reformen, die die Verfassung vorsieht, den Vorstellungen Atatürks gemäß durchführen können.

3. Wenn dies nicht möglichst bald geschieht, sind die Türkischen Streitkräfte fest entschlossen, die Macht zu übernehmen, indem sie die Aufgabe erfüllen, die ihnen die Gesetze vorschreiben.

Gezeichnet:

Generaloberst Mehduk Tagmac, Chef des Generalstabes

Generaloberst Faik Gurler, Kommandant der Landstreitkräfte

Generaladmiral Celal Eyicerglu, Kommandant der Seestreitkräfte

Generaloberst Muhsin Batur, Kommandant der Luftstreitkräfte."

Sprecher:

Das Memorandum erweckte in der Öffentlichkeit den Eindruck, eine neue Regierung führe Reformen tatsächlich durch.

In den Zeitungen war fast täglich zu lesen, daß die Bodenreform, die Verstaatlichung der Bodenschätze und des Erdöls, die staatliche Kontrolle des Außenhandels, ein neues Ausbildungsgesetz und vieles mehr tatsächlich in Angriff genommen wurden. In Wirklichkeit hatten diese Reformversprechungen einzig eine taktische Bedeutung. Mit ihnen konnten die Generäle kritische Kräfte innerhalb und außerhalb der Armee zunächst beruhigen.

Schon am 17. März wurden acht Generäle und zahlreiche Offiziere pensioniert, andere auf kleine Dörfer versetzt und isoliert, wieder andere verhaftet. Noch am 15. März erklärte Ismet İnönü, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei:

Zitatspr.: "Einem Parlament kann man nicht wie der Armee vorschreiben, daß es dies und jenes zu machen hat... Wenn dem so ist, kann man nicht von einem parlamentarischen System sprechen, in dem der Wähler zu entscheiden hat!"
(CUMHURİYET, 16. März 1971)

Sprecher: Zwei Tage später jedoch, nach der Ausschaltung der links-kemalistischen Offiziere, erklärte er sich bereit, eine neue Regierung zu unterstützen. Der Staatspräsident Sunay, ehemaliger Generalstabschef, und die Generale suchten sich für die Regierungsneubildung Professor Nihat Erim aus, der im rechten Flügel der Republikanischen Volkspartei als der Führer der Konservativen galt. Allein seine Ernennung zum Ministerpräsidenten machte deutlich, inwieweit die Reformversprechungen ernst zu nehmen seien, Reformversprechungen, zu denen der Generalsekretär und Sprecher des linken Flügels der Republikanischen Volkspartei, Ecevit, denn auch erklärte, daß sie sehr wohl den Interessen von NATO und EWG, nicht aber denen des Volkes entsprächen. Daraufhin wurde er zum Rücktritt gezwungen. In seiner Rücktrittserklärung sagte er:

Zitatspr.: "Das Eingreifen der Militärs ist ähnlich wie in Griechenland geschehen, ja bei uns sogar noch raffinierter und geschickter."

Sprecher: Wegen dieser Äußerung wurde gegen Ecevit ein Verfahren eingeleitet. Sehr zufrieden über das Vorgefallene äußerten sich dagegen die Industriellen. Der einzige Milliardär der Türkei, Vehbi Koc, erklärte:

Zitatspr.: "Der Staat muß die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um unsere Industrie in der EWG zu erhalten. Wenn die neue Regierung ihr Programm nicht verwirklicht, sind neue Kapitalinvestitionen unmöglich. Ich setze viele Hoffnungen in dieses Programm und stelle fest, daß Ministerpräsident Erim für die großen Probleme des Landes die richtige Lösung gefunden hat. Das neue Programm ist westlich orientiert, demokratisch und bringt große Erleichterungen für uns."

Sprecher: Einer der Programmpunkte war die staatliche Kontrolle des Außenhandels. Aber darunter ist bei der gegenwärtigen Konstellation einzig und allein zu verstehen, daß der gesamte Außenhandel über den Umweg der "Staatskontrolle" von den Großindustriellen kontrolliert wird.

Ein weiterer Programmpunkt war die Bodenreform.

Artikel 37 der Türkischen Verfassung schreibt vor:

Zitatspr.: "Der Staat hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine möglichst ertragreiche Bebauung des Bodens zu erwirken und denjenigen Landwirten Boden zu verschaffen,

die ihn gar nicht oder nur in unzureichendem Maße besitzen. Das Gesetz kann zu diesem Zweck den Umfang der Ländereien entsprechend den verschiedenen Gegenden und Arten der Landwirtschaft bestimmen. Der Staat hat den Landwirten den Erwerb von landwirtschaftlichen Geräten zu erleichtern. Die Bodenreform darf nicht zu einer Verkleinerung der Wälder oder zu einer Verminderung anderer Bodenschätze führen."

Sprecher: Die amtliche Registrierung des Grundbesitzes ist gesetzlich vorgesehen. Nach den bis heute vorliegenden Angaben sind bisher allerdings erst 13 % im ganzen Land registriert, und das auch nur in größeren Gemeinden und in den Städten. Setzte man das Tempo der bisherigen Registrierung als Maßstab, würde sie wahrscheinlich noch 200 Jahre in Anspruch nehmen. Die letzten amtlichen Zahlen der Bodenverteilung stammen von 1963; sie dürften sich bis heute nur geringfügig geändert haben. Demnach besitzen nur 2.000 Familien 80 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens.

Um die Unruhe der Bauern zu steuern, um weitere Landesbesetzungen durch sie zu verhindern, um der Slumbildung in den Großstädten und um sie herum zu begegnen, d.h. um potentielle Unruheherde auszuschalten und schließlich um durch Bodenverteilung entstehende Kaufkraft durch den Verkauf von Industrie- und Konsumgütern wiederum abzuschöpfen zu können, erschien der neuen Regierung eine Bodenreform unerlässlich.

Zunächst wurde durch eine Verfassungsänderung bestimmt - übrigens, wie noch zu zeigen sein wird, der einzige positive Punkt dieser Verfassungsänderung - , daß erworbener Boden nicht mehr wie bislang in zehn, sondern in zwanzig Jahren in Raten abbezahlt werden kann. Außerdem sah das Gesetz über die Vorbereitungsmaßnahmen zur Bodenreform die Ausschließung jeglicher "Umgebungsgeschäfte" vor, Geschäfte also der Art: "Ich schenk dir die Hälfte meines Landes, somit sind meine Ländereien klein genug, um nicht noch kleiner gemacht zu werden, und, ansonsten bleibt alles beim Alten." -

Die wichtigsten Ausführungsartikel dieses Gesetzes, so auch die Bestimmung, niemand dürfe mehr als 150 ha bewässerten oder 500 ha unbewässerten Landes besitzen, wurden jedoch vom Parlamentsausschuß gestrichen, woraufhin der Stellvertretende Ministerpräsident den Ausschuß aus Protest verließ, damit recht genau das Dilemma aufzeigend, in dem sich die Regierung befindet: einerseits will und muß sie gewisse Reformen durchführen, um sich von ihrer vordringlich von den Großgrundbesitzern abhängigen Vorgängerin abzusetzen, den Interessen der Industriellen zu entsprechen, und nicht von den Militärs abgelöst zu werden; andererseits braucht sie aber zur Durchführung dieser Reformen die Unterstützung eben jenes Parlaments, das diese Reformen bislang hartnäckig abgelehnt hat.

Sprecher: Verhängung des Ausnahmezustandes

Sprecher: Am 24. April wurde über 11 Provinzen (Industriegebiete und Provinzen Ostanatoliens) von insgesamt 67 Provinzen der Ausnahmezustand verhängt. Das bedeutet für diese Provinzen die Übernahme der Staatsgewalt durch die Kommandanten des Ausnahmezustandes. Die gesamte Verwaltung wird von den Kommandanturen wahrgenommen. Gleich nach der Erklärung des Ausnahmezustandes und der Gründung der Militärgerichte, denen alle bislang vor ordentlichen Gerichten anhängigen Prozesse überschrieben wurden, kam es zu Massenverhaftungen; nach vorbereiteten Listen des "Nationalen Sicherheitsdienstes" und der Polizei wurden Tausende verhaftet. Diese Verhaftungswelle erstreckte sich keinesfalls nur auf die 11 Provinzen, in denen ein Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern befürchtet wurde, sondern auf das ganze Land: alle, die in den anderen Provinzen "verdächtig erschienen", wurden kurzerhand verhaftet und zur weiteren "Betreuung" in eine der 11 Provinzen geschickt. Über die Zahl der Festgenommenen und Verhafteten liegen bis heute keine genauen Angaben vor. Nach inoffiziellen Berichten schätzt man die Zahl auf etwa 7.000. Verhaftungsgründe sind unter anderem: Lektüre verbotener Bücher, Zeitschriften, Zeitungen; Verstöße gegen das Versammlungsverbot, allgemein Beteiligung an "schädlichen Aktionen" wie Kritik an der Regierung oder an der Armee. Am 18. Mai erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Kocas in einer Rundfunkansprache:

Zitatspr.: "Es werden alle verhaftet, die in irgendeiner Beziehung zu Studentenorganisationen stehen. Die Festnahme geschieht nach seit langem vorbereiteten Listen."

Sprecher: Daraufhin wurden von den Kommandanten des Ausnahmezustandes Namen veröffentlicht, darunter die bekannter Professoren, Schriftsteller, Journalisten, Rechtsanwälte und Gewerkschaftler, u.a.:

die vber Verfassungsrechtler Muammer Aksoy, Mümtaz Soysal, Zafer Tunaya und Bahri Savci;

Professor Sadun Aren, Wirtschaftswissenschaftler,

Professor Mehmet Selik, stellvertretender Vorsitzender

der Arbeiterpartei, Dozent Cetin Özek, Strafrechtler,

Behice Boran, Vorsitzende der Arbeiterpartei,

Kemal Türkler, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes DISK,

Kemal Sülker, Generalsekretär von DISK,

Fakir Baykurt, Schriftsteller und Vorsitzender der Lehrer-
gewerkschaft TÖS,

Sait Ciltas, Generalsekretär der Arbeiterpartei,

Ilhan Selcuk, Journalist der Zeitung CUMHURIYET,

Cetin Altan, Ali Sirmen und Ilhami Soysal, Journalisten
der Zeitung AKSAM,

Emir C. Salvacin, Direktor der Auslandsabteilung
des türkischen Rundfunks,

Altan Öymen, dpa-Korrespondent,

S.Yalcin und M. Sun, Rundfunk- und Fernsehreporter,

Turhan Selcuk, Karikaturist,

Yasar Kemal, Schriftsteller.

Sprecher: Neben den Studentenorganisationen wurden u.a. verboten: Die Türkische Arbeiterpartei TIP, die Lehrgewerkschaft TÖS, die revolutionäre Jugendföderation DEV-GENC, die Organisation für kulturelle Fragen der Ost-Türkei DDKO und die Sozialdemokratische Föderation SDDF. Verboten wurden eine ganze Reihe von Buchtiteln, festgenommen wurden Verfasser und Übersetzer "verdächtiger" Titel, so auch der Übersetzer der im 15. Jahrhundert entstandenen UTOPIA - das ist Nirgendland oder Von der besten Staatsform - von Thomas Morus. Die beiden bekanntesten Tageszeitungen CUMHURIYET und AKSAM konnten 10 Tage lang nicht erscheinen. Bei ihrem Wiedererscheinen waren Richtung und Mitarbeiter verändert. Entlassen waren u.a. Nadir Nadi, İlhan Selçuk, Aktay Akbal, Mehmet Barlas, Ali Sirmen und Cetin Altan, der uns über seine Festnahme berichtet:

O-TON: Cetin Altan - Einblendung

Sprecher: Ich wurde vor 3 Monaten aus dem Gefängnis entlassen.
(C. Altan)
Ich war 95 Tage in Haft. Es gibt da einen Haufen Ungereimtheiten. Am 1. Tag nach Verhängung des Ausnahmezustands sind Polizisten bei mir aufgekreuzt. Ich war der Meinung, es handle sich um eine Bagatelle. Eines Vergehens war ich mir nicht bewusst. Man brachte mich zur Kommandatur und ließ mich dort erst mal 4 - 5 Stunden warten. Dann kam ein Major, der sehr freundlich zu mir war. Der stellte ein paar Fragen zu einem Zeitungsartikel von mir. Dieser Artikel enthielt ein paar kleine Witze, mehr nicht, über die Motive, die möglicherweise zur Verlängerung des Ausnahmezustands

geführt haben könnten. Es ging darin um eine Demonstration der Fleischer, die die Preise erhöhen wollten. Ich hatte in meinem Artikel gefragt, ob diese Fleischer-Demonstration vielleicht die Verlängerung des Ausnahmezustands rechtfertige. Das alles war natürlich nicht ernst gemeint. - Ich wurde dann zwei Wochen in Untersuchungshaft gehalten. Das war zur damaligen Zeit noch eine Verletzung des geltenden Rechts, nach dem kein Türke länger als 24 Stunden festgehalten werden durfte. Damals war der Ausnahmezustand offiziell noch nicht verlängert worden, der es den Militärs jetzt ja erlaubt, jeden Bürger bis zu einem Monat festzunehmen. Als Anwalt kenne ich mich in den Bestimmungen aus. Erst am 10. Tag konnte ich wieder Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen. Bis dahin war ich streng bewacht, ich durfte weder Briefe noch Ferngespräche empfangen. Meine Wächter trugen Gewehre mit aufgeflossenen Bajonetts. Ich brauchte selbst um auf die Toilette zu gehen eine besondere Erlaubnis. Am 10. Tag erhielt ich ein Schreiben des Majors, in dem es hieß, daß man ^{gegen} mich wegen des Artikels keine Anklage erheben würde. Man hatte mich also einfach vergessen.

Während der Untersuchungshaft wurde ich physisch nicht mißhandelt. Man übte aber psychologisch^{en} Druck auf mich aus. Man hat mir beispielsweise von draußen eine Stunde lang ein Tonband mit Schreien von Gefolterten vorgespielt. Schon während meiner Haft hatte der Herausgeber meiner Zeitung mir mitgeteilt, daß ich vorläufig entlassen sei. Ich habe seit 6 Monaten nichts mehr veröffentlicht: Drei Monate war ich in Haft, drei Monate war ich vom Dienst suspendiert, das macht 6 Monate.

Vorgestern war mein Prozeß. Bei der Verhandlung wurde ein Verfahrensfehler festgestellt. Man hatte es versäumt, mich während der Haft einem Untersuchungsrichter vorzuführen. Wegen meiner Haft hatte ich keine Gelegenheit, mich zu den anderen Anklagepunkten zu äußern. Für diese Anklagepunkte wurde ich zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ich habe natürlich Revision eingelegt. Einer der Anklagepunkte bezog sich auf eine Rede, die ich vor Jahren als Abgeordneter gehalten habe. Übrigens habe ich in der türkischen Rechtsgeschichte noch nie von der Verurteilung eines Abgeordneten gelesen.

Im Laufe der letzten Jahre interessierten sich immer mehr Journalisten und Schriftsteller für die Probleme der Dritten Welt. Dieses Interesse führte uns dahin, auch die Lage der Türkei mit anderen Augen zu sehen.

Sprecher: Als einzige linksliberale Zeitschrift des Nach-März gab es die in Istanbul verlegte ORTAM, in der zeitweise Artikel, Kommentare und Meldungen abgedruckt wurden, die bei manchem sogleich den Verdacht erregten, ORTAM sei als kritisches Forum alles andere denn regierungsunabhängig, ja vielmehr von der Regierung mitfinanziert als linkes Feigenblatt, das man sich zur Abdeckung dessen leiste, was ansonsten alles nicht publiziert werde. Wir haben diesen Verdacht mehrfach gehört, ihm weiter nachzugehen war nicht möglich; er sei hier nur erwähnt als Zeichen für das Mißtrauen und die Zerrissenheit, die herrschen. Im übrigen wurde ORTAM Anfang Oktober verboten.

Soweit einige der ersten Auswirkungen des Ausnahmezustandes, wobei das Gewissen nicht das Beste ist, denn auch hier wurden wieder nur jene Institutionen und jene durch ihren Bekanntheitsgrad fast schon zu Institutionen gewordenen Namen genannt, die sich trotz aller offenen oder versteckten Brutalität dieser Brutalität noch immer etwas besser widersetzen können als jene, die überhaupt keinen Namen haben und die nach Kriegen bestenfalls ein Denkmal der Namenlosigkeit bekommen, das ihnen einen Dreck nutzt: Arbeiter, Bauern, Frauen, Kinder - im Fall Türkei außerdem noch Kurden, der offiziellen Sprachregelung nach nicht als Kurden, sondern nur als "Bergtürken" bekannt.

Die Kurden verteilen sich heute auf die Türkei, auf den Iran, den Irak, Syrien und die UdSSR. In der Türkei leben etwa 3,8 Millionen, zumeist Bauern, die nicht Türkisch, sondern Kurdisch sprechen - eine zur iranischen Sprachfamilie innerhalb des Indogermanischen gehörige Sprache - die zu sprechen und zu schreiben offiziell verboten ist. Die Zahlenangaben über die kurdische Minderheit in der Türkei sind je nach Interessenlage der Quelle sehr unterschiedlich und gehen bis zu 8 Millionen.

Wir können hier auf das Problem der kurdischen Minderheit nicht ausführlicher eingehen, dies wäre eine Sendung für sich - etwas unter dem Aspekt der revolutionären Rolle ethnischer und sprachlicher Minderheiten. Hier muß uns die Feststellung genügen, daß das Streben dieser Minderheit nach Anerkennung als Minderheit Grund genug war für kriegsmäßig angelegte Aktionen, für die Errichtung

von Befestigungsanlagen in Ostanatolien, die Erbauung von Wehrdorf-ähnlichen Siedlungen entlang den Grenzen, für die Durchkämmung von Gemeinden und Städten nach Waffenbesitz in Gegenden, in denen es zumindest im Winter unerläßlich ist, eine Waffe zu besitzen.

Die Verhaftung eines Journalisten, Rechtsanwaltes oder Schriftstellers pflegt selbst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gemeldet zu werden. Über den gepflegten Brauch, ein kurdisches Bauernpaar zu entkleiden, dem Mann einen Strick an den Penis zu knüpfen, den Strick der Frau in die Hand zu geben und sie zu zwingen, ihren Mann im Dorf daran spazieren zu führen - ein Rundgang, der nicht selten mit seinem oder mit beider Selbstmord geendet hat -, darüber stand nichts zu lesen. Daraus folgt wieder einmal, daß der Journalist, Rechtsanwalt oder Literat, der etwas schreibt, in der Regel weniger Gefahr läuft als der "namenlose" Drucker, der das Geschriebene vervielfältigt oder auch als jener, der ihnen ein Dokument wie dieses zur Verfügung stellt. Das zeigt, daß auch außerhalb der 11 Provinzen die Reisefreiheit eingeschränkt ist und selbst dort ein harmloser Verwandtenbesuch in ein benachbartes Dorf dieser behördlichen Genehmigung bedarf.

An die Kreisverwaltung.....!

Hiermit bitte ich um die Erlaubnis, meine in wohnende Großmutter mit meinem Wagen, polizeiliches Kennzeichen ... besuchen zu dürfen.

Antragsteller

Unterschrift.....

Antwort auf den Antrag:

Da gegen die Fahrt des Antragstellers mit seinem Wagen in das Dorf keine Bedenken bestehen, ist ihm diese Genehmigung, gültig für den, erteilt.

Stempel

Unterschrift.

Im Interesse des Antragstellers haben wir sämtliche Angaben über Orte und Personen gelöscht.

Sprecher: Verfassungsänderung im allgemeinen

Sprecher: Als Professor Dr. Nihat Erim zum neuen Ministerpräsidenten ernannt wurde, sagte er:

Zitatspr.: "Wir sind gekommen, um die Verfassung zu verwirklichen; um Sorge zu tragen für das Verfassungsgericht, das Verwaltungsgericht, den Kassationshof, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Autonomie der Universitäten, der Rundfunk- und Fernseh-anstalt.... Als Verfechter dieser Institutionen bin ich an die Macht gekommen. Deswegen ist es unmöglich, daß ich mit Änderungsvorschlägen auftrete..."

(CUMHURIYET, 10. April 1971)

Sprecher: In seinem Regierungsprogramm stand nichts von einer Verfassungsänderung. Ministerpräsident Erim einen Monat später:

Zitatspr.: "Die heutige Verfassung ist für die Türkei ein Luxus. Die Türkische Verfassung von 1961 ist noch liberaler als die Verfassung der meisten europäischen Länder. Die Türkei kann sich einen solchen Luxus nicht leisten. Es wird deshalb eine Verfassungsänderung notwendig, die die Grundrechte sichert und die auch jeglichen Mißbrauch dieser Grundrechte bekämpft."

(CUMHURIYET, 2. Mai 1971)

Sprecher: Vor dem 12. März hatte lediglich die gestützte Gerechtigkeitspartei (AP) von einer Verfassungsänderung geredet. Wegen des heftigen Widerstandes der oppositionellen Kräfte konnte die AP-Regierung jedoch eine Verfassungsänderung nicht durchsetzen. Wie ist es aber dann möglich, daß bereits nach wenigen Monaten eine Änderung betrieben werden konnte ohne Widerspruch der Parteien? Die Verfassungsänderung wird jetzt so begründet:

Zitatspr.: "Die Verfassung von 1961 weist viele Lücken auf. Insbesondere sieht sie keine Ahndung im Falle des Mißbrauchs der Grundrechte und Grundfreiheiten vor. Dies läßt unter den bestehenden Verhältnissen in der Türkei den extremen Kräften einen zu freien Spielraum und führt zu einer anarchistischen Situation."

Sprecher: Diese Argumentation erscheint sehr oberflächlich. In der Präambel der Türkischen Verfassung steht, daß sie vor allem auf dem Wunsch der Türkischen Nation beruhe, "einen demokratischen Rechtsstaat mit allen seinen rechtlichen und sozialen Grundlagen zu errichten."

Nach Art. 2 der Verfassung ist die Türkische Republik ein auf den Menschenrechten und den in der Präambel zum Ausdruck kommenden Grundprinzipien basierender "nationaler, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat". Folgende Passagen aus der Begründung dieses Artikels machen das Prinzip der Sozialstaatlichkeit deutlich:

Zitatspr.: "Sozialstaat ist derjenige Staat, der sich nicht damit begnügt, den Individuen lediglich die klassischen Freiheiten zu sichern, sondern der es außerdem als seine Pflicht betrachtet, ihre notwendigen materiellen Bedürfnisse für ein menschenwürdiges Dasein zu erfüllen ... Der Staat unserer Zeit hat die wirtschaftlich Schwachen, insbesondere die hinsichtlich ihrer Arbeitsmöglichkeiten von anderen Abhängigen, die Minderbemittelten und die Armen zu unterstützen. Auf diese Weise wird verhindert, daß die Wirklichkeit zum Hohn der klassischen Freiheiten wird... Schließlich muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Staaten, die gegenüber der sozialen Gerechtigkeit gleichgültig sind, in ihrem gesellschaftlichen Leben von extremen Links- oder Rechtsströmungen erfaßt werden und nicht verhindern können, in eine totalitäre Richtung getrieben zu werden. In den zivilisierten Ländern unserer Zeit zeigt sich fast übereinstimmend eine Tendenz zum Sozialismus. Eine Demokratie, die nicht sozial sein kann, verliert gegenüber den Realitäten des gesellschaftlichen Lebens ihren eigentlichen Kern und ist zum Scheitern verurteilt."

Sprecher: Daraus folgt, daß der Verfassung gemäß die klassischen Grundrechte und Grundfreiheiten eine Einheit mit den sozialen Grundrechten bilden. Zieht man lediglich die klassischen Grundrechte und Grundfreiheiten in Betracht, ohne die Sozialstaatlichkeit mit zu berücksichtigen, so kommt man zu einer systemfremden Betrachtung. Wenn die "Vertreter des Volkes" während einer 10jährigen Praxis völlig versagt haben, die ihnen durch die Verfassung auferlegten sozialen Pflichten zu erfüllen, darf man sich nicht wundern, wenn das Volk seine in der Verfassung gewährleisteten Rechte durch eigene Initiative zu erreichen versucht. Das hat der Verfassungsgeber richtig erkannt und in seiner zitierten Begründung klargestellt. Die alten wie die neuen "Vertreter des Volkes" bezeichnen diese Situation als "Anarchie" und schieben die Schuld auf die durch die Verfassung garantierten liberalen Institutionen. Durch die geplante Änderung von 40 Artikeln der Verfassung wollen die Herrschenden ihre Gewaltherrschaft nachträglich legalisieren. Wie der Verfassungsrechtler Professor Tarik Zafer Tunaya anmerkt (CUMHURIYET, 19. Juni 1971), kann man hier nicht mehr von einer Verfassungsänderung sprechen, da die vorgesehenen Änderungen die Gesamtheit der Verfassung betreffen und sie völlig entstellen.

Ministerpräsident Erim, der die Verfassung von 1961 als einen Luxus für die Türkei bezeichnete, mußte allerdings zuerst für den Luxus der Abgeordneten und Senatoren sorgen, um der erforderlichen 2/3-Mehrheit für eine Verfassungsänderung sicher sein zu können. Dies verhinderte jedoch

Art. 82, Abs. 3 jener luxuriösen Verfassung:

Zitatspr.: "Zuschläge und Erhöhungen aller Art zu den Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Türkischen Großen Nationalversammlung kommen erst nach den diesen Zuschlägen und Erhöhungen folgenden allgemeinen Wahlen der Abgeordneten zur Anwendung."

Sprecher: Schon während der Regierungszeit Demirels versuchte das Parlament, diesen Absatz des Art.82 durch ein Gesetz zu umgehen. Dieses Gesetz wurde vom Verfassungsgericht aufgehoben. Kurz vor dem 12. März machte sich im Parlament die Tendenz bemerkbar, Art.82, Abs. 3 überhaupt aufzuheben. Die Opposition widersetzte sich. Als leidenschaftlichster Gegner einer solchen Verfassungsänderung trat der Abgeordnete Nihat Erim auf. Als Ministerpräsident der Generale hat man freilich andere Pflichten. Deswegen wurde als erste Verfassungsänderung der Abs. 3 schon im Juni aufgehoben (CUMHURİYET, 12.Juni 1971). Die neue Fassung des Artikels 82 gilt rückwirkend ab 1. März 1970. Bis zu diesem Datum erhielten die Abgeordneten und Senatoren monatlich 4.800 türkische Lira als Diäten, das sind 1.200 DM. Nach dem neuen Gesetz werden die Diäten jetzt erhöht auf 12.600 TL, das sind 3.150 DM, also fast auf das Dreifache. Dadurch bekommt jedes Parlamentsmitglied als Gesamtzuschlag für die Zeit zwischen dem 1. März 1970 und dem 1. März 1971 93.000 TL, d.h. 23.000 DM. Der Gesamtbetrag für die folgenden sechs Monate beläuft sich auf 75.600 TL, rund 19.000 DM (3 Monatsdiäten können im voraus bezahlt werden). Jedes Parlamentsmitglied wird also

insgesamt 169.200 TL - rund 42.000 DM - bekommen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes bekamen 625 Parlamentsmitglieder und 14 Minister außerhalb des Parlaments insgesamt 106.632.000 TL, das sind etwa 26 Millionen DM, ausbezahlt. Mit dieser Bilanz wurde die erste Etappe der Verfassungsänderung abgeschlossen.

Zitatspr.: Verfassungsänderung im einzelnen

Sprecher: Die zweite Etappe der Verfassungsänderung beginnt mit Art. 11 der Verfassung, der 'Beschränkung der Grundrechte und Grundfreiheiten'. Die alte Fassung des Art. 11 lautete:

Zitatspr.: "Kern der Grundrechte.
Die Grundrechte und Grundfreiheiten dürfen allein durch Gesetz und nur nach Maßgabe des Wortlauts und -Sinnes der Verfassung eingeschränkt werden. Ein Gesetz darf ein Recht oder eine Freiheit in ihrem Kern nicht antasten, selbst nicht im Hinblick auf das öffentliche Wohl, die allgemeinen Sitten, die öffentliche Ordnung, die soziale Gerechtigkeit, die nationale Sicherheit oder aus ähnlichen Gründen."

Sprecher: Schon die Änderung der Überschrift in "Die Beschränkung der Grundrechte und Grundfreiheiten" ist bezeichnend. Für den Verfassungsgeber von 1961 war der Kern der Grundrechte der höchste Wert, der sogar gegenüber dem öffentlichen Wohl, den guten Sitten, der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit unbedingten Vorrang beanspruchte. Im Gegensatz dazu legt die neue Regierung mehr Wert auf die Beschränkung der Grundrechte. Die neue Fassung lautet:

Zitatspr.: "Die Grundrechte und Grundfreiheiten dürfen allein durch Gesetz eingeschränkt werden, um die Einheit des Staates mit seinem Gebiet und seiner Nation, die Republik, die nationale Sicherheit, die allgemeinen Sitten und die Gesundheit zu schützen oder aus anderen Gründen, die in anderen Artikeln der Verfassung niedergelegt sind."

Sprecher: Aus der Beschränkung der Staatsgewalt wurde dadurch eine Beschränkung der Grundrechte.

Sprecher: Verordnungen mit Gesetzeskraft

Sprecher: Nach der neuen Fassung des Art. 64 der Verfassung kann der Ministerrat ermächtigt werden, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Ministerpräsident Erim meinte, diese Regelung sei in den Verfassungen fast aller parlamentarischen Demokratien zu finden. Als Beispiel führte er den Art. 80 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an. Will er allerdings unbedingt eine Ähnlichkeit mit irgendeiner deutschen Rechtsordnung konstruieren, so können ihm dafür lediglich die "Ermächtigungsgesetze" aus dem III. Reich dienen, denn Art. 80 des GG spricht zwar von "Ermächtigung, Rechtsverordnungen zu erlassen, aber "nicht mit Gesetzeskraft".

Eine Verordnung mit Gesetzeskraft, die als so vordringlich propagiert wird, dürfte besonders unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen nur schwerlich eine Ablehnung durch das Parlament erfahren. Mit dieser Gesetzgebungsprozedur kann das Parlament zu einer einfachen Bestätigungskammer degradiert werden.

Sprecher: Zur Autonomie der Universitäten sowie der Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT

Sprecher: Die Autonomie dieser Institutionen stand im Mittelpunkt harter Auseinandersetzungen um Demokratie in der Menderes-Ära (1950-1960). Als Menderes durch ein Gesetz die Autonomie der Universitäten aufheben wollte, um den heutigen Ministerpräsidenten Erim, der damals einen Lehrstuhl an der Universität Ankara innehatte, mundtot zu machen, trat Erim von seinem Lehrauftrag zurück. Er begründete diesen Schritt damit, daß für ihn die Autonomie der Universitäten wichtiger sei als eine eigene akademische Karriere. Er sagte noch am 9. April dieses Jahres:

Zitatspr.: "Was ist die Autonomie der Universität? Ich verstehe darunter, daß man von seinem Lehrstuhl aus seine Meinung frei äußern kann, ohne befürchten zu müssen, durch Behörden außerhalb der Universität seines Postens enthoben zu werden."
(CUMHURIYET, 10. April 1971)

Sprecher: Zwei Monate später schlug er jedoch vor, die verfassungsrechtliche Garantie der autonomen Verwaltung der Universitäten sowie der Rundfunk- und Fernsehanstalt aufzuheben und Aufbau und Geschäftsgang der Universitäten, ihre Verwaltung und Kontrolle, ihre Organe und deren Wahlen, Aufgaben und Befugnisse entsprechend der wissenschaftlichen Autonomie der gesetzlichen Regelung zu überlassen.
Als Begründung führte er aus:

Zitatspr.: "Es gibt an den Universitäten Lehrkräfte, die an ihrem Lehrstuhl folgendes äußerten: Ihr Jugendlichen, die Menschenrechte sind lediglich bürgerliche Errungenschaften. Die tatsächliche Freiheit kann nur durch Marxismus und Maoismus erreicht werden ... Können wir so etwas erlauben?"
(CUMHURIYET, 13. Juni 1971)

Sprecher: Außerdem stellte er fest:

Zitatspr.: "Die Zustände an den meisten Universitäten und Fakultäten sind der Hauptgrund, der unsere Streitkräfte beunruhigt hat."

Sprecher: Nach der neuen Fassung des Art. 120 der Verfassung kann man nicht mehr von einer Autonomie der Universitäten sprechen. Folgende Vorschriften sorgen dafür, daß sie nur noch auf dem Papier existiert:

Zitatspr.: "... Die Autonomie der Universitäten verhindert keineswegs daß die Straftaten und -Täter auf dem Universitätsgelände verfolgt werden..."

Sprecher: Dadurch wurde der Polizei freier Zugang zum Universitätsgelände gewährt.

Zitatspr.: "... Ist die Lern- und Lehrfreiheit bedroht, so kann die Regierung die Verwaltung der Universitäten selbst übernehmen..."

Sprecher: Und ob die Lern- und Lehrfreiheit bedroht ist, bestimmt natürlich die Regierung.

Nach der neuen Fassung des Art. 121 der Verfassung wird die Autonomie der Fernseh- und Rundfunkanstalt nicht mehr verfassungsrechtlich gewährleistet. Eine Regelung darüber liegt im Ermessen des Gesetzgebers.

Tatsächlich wurden diese Änderungen durch die Generäle schon längst festgelegt und praktiziert. Bereits vor der Verfassungsänderung wurde eine Reihe von Fernseh- und Rundfunkredakteuren verhaftet. Der Vorsitzende der Fernseh- und Rundfunkanstalt TRT, Adnan Öztrak, wurde zum Rücktritt gezwungen. An seine Stelle trat der ehemalige General Musa Ögün. Ähnliches geschah mit der Mittel-Ost-Universität in Ankara, die als Mittelpunkt der studentischen Unruhen gegolten hatte. Ebenfalls ein ehemaliger General, Sefik Erensü, wurde zum Rektor ernannt.

Zitatspr.: "Wir werden die für uns alle traurigen Geschehnisse der Vergangenheit hinter uns lassen und unsere Blicke auf den morgigen Tag richten."

Sprecherin: Dieser 'morgige Tag' brachte unter anderem die Kündigung von 5 Hochschullehrern. Eine weitere politische Maßnahme war der Ankauf von mehreren hundert Fußballstiefeln für seine Studenten.

Sprecher: Sein nächstes Werk war eine neue Disziplinarordnung. Sie verbietet ohne vorherige Erlaubnis des Rektors - Demonstrationen oder Versammlungen auf dem Universitätsgelände zu veranstalten, Plakate zu kleben, Flugblätter zu verteilen.

Die Studenten sind der Universitätsverwaltung innerhalb und außerhalb der Universität für ihr Verhalten verantwortlich. Sie dürfen keine revolutionären Lieder singen, keine Flaggen, Symbole oder Bilder tragen, die das nationale Gefühl verletzen könnten. Alle Disziplinarstrafen werden in jede von der Universität ausgestellte Bescheinigung eingetragen.

(CUMHURIYET, 13. August 1971)

(Einblendung Musik)

Sprecherin: (Übersetzung des Liedtextes)

Guten Tag, mein Kind, guten Tag,
da ist Wasser, da ist Licht, da ist Luft -
das ist, mein Kind, unsere Welt.
Schlaf und wachse weiter, mein Kind.
Später mußt du mal die Schweine aus dem Garten treiben.
Es gibt noch viel zu sehen,
viel zu sehen gibt es noch.
Da gibt's Windeln,
da gibt's Gefängnisse,
da ist Kampf.
Das ist, mein Kind, unsere Welt!
Schlaf und wachse weiter, mein Kind.
Später muß du mal die Schweine aus dem Garten treiben.

Sprecher: Über die militärischen Sondergerichte

Sprecherin: Seit sieben Monaten regieren in den elf wichtigsten Provinzen des Landes Militärgouverneure. Sie können Zeitungen, Zeitschriften, Bücher sowie Versammlungen verbieten, Vereine auflösen, Ausgangs- und Nachrichtensperre verhängen, ohne richterlichen Beschluß Menschen bis zu 30 Tagen festnehmen und Häuser durchsuchen lassen, sie können Streiks verbieten, das Po-st- und Fernmeldegeheimnis aufheben usw. usw. Vor allen diesen Vollmachten haben die Militärgouverneure schon reichlich Gebrauch gemacht. In diesen elf Provinzen ist die zivile Verwaltung, Rundfunk, Fernsehen und Universitäten in den Händen von Militärs. Die Rechtsprechung wird von militärischen Sondergerichten "besorgt".

(Einblendung)

- A: "Na ja, bitte, ich hab keine Ahnung, was Ihnen bei uns im Gericht aufgefallen ist."
- B: "Ja, ein Staatsanwalt, ein Militär, ein Richter, ein Protokollführer, Beisitzer auf der Richterbank, davor die Angeklagten im Viereck, eingezäunt von Militär mit Stahlhelm und Karabiner."
- A: "Ja, das juckt uns schon lange nicht mehr. Ich meine: so lange Sie mit Ihren Kollegen im Gerichtssaal waren, war der Richter ausnehmend freundlich zu mir. Ich habe sogar zum ersten Mal im Verlaufe dieses Prozesses selbst das Protokoll diktieren dürfen. Richter und Staatsanwalt wurden ein paar Minuten bevor Sie kamen, informiert. Nachher war alles wieder der gewohnte Schlamassel."

Sprecher: Zur Gründung, Struktur und Zuständigkeit der militärischen Sondergerichte

Sprecherin: Im Ausnahmezustand werden je nach Bedarf militärische Sondergerichte eingesetzt. Diese Gerichte bestehen aus jeweils einem hohen Offizier, der kein Jurist ist, als Gerichtspräsident, aus zwei Militärrichtern und einem Militärstaatsanwalt. Sie werden durch eine gemeinsame Verordnung des Verteidigungsministers und des Ministerpräsidenten ernannt und vom Staatspräsidenten bestätigt. Die Richter werden also von denselben Organen ernannt, die den Ausnahmezustand verhängt haben. Die offizielle Bezeichnung dieser Gerichte lautet: MILITÄRGERICHT DER KOMMANDANTUR DES AUSNAHMEZUSTANDES IN Es sind Sondergerichte der höchsten militärischen Behörde eines bestimmten Gebietes, einer bestimmten Stadt.

Seit Verhängung des Ausnahmezustands sind zehn Militärgerichte in Aktion getreten: 3 in Ankara, 3 in Istanbul und je eins in Izmir, Adana, Eskişehir und Diyarbakir. Nach dem neuen Gesetz über den Ausnahmezustand vom Mai 1971 wird die Zuständigkeit dieser Sondergerichte erweitert:

Zitatspr.: "Auch Straftaten, die vor dem Ausnahmezustand begangen wurden, gehören in den Zuständigkeitsbereich der militärischen Sondergerichte, wenn sie zur Ausrufung des Ausnahmezustandes geführt haben."

Sprecherin: Dabei spielt es keine Rolle, ob die Tat innerhalb oder außerhalb des Ausnahmegebietes, also außerhalb der elf Provinzen, begangen wurde. Das gleiche gilt für Straftaten, die mit den von Militärgerichten behandelten Fällen in Verbindung stehen.

Auch nach Beendigung des Ausnahmezustands werden die Militärgerichte bis zum Abschluß aller Prozesse zuständig bleiben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der große Strafsenat des Kassationshofes am 27. September 1971 zu folgender Entscheidung gezwungen wurde.

Zitatspr.: Gemäß Artikel 13 des Gesetzes über den Ausnahmezustand steht die Bewertung der Straftaten und die Feststellung der Zuständigkeit ausschließlich dem Kommandeur des Ausnahmezustandes zu.

Sprecherin: Die Militärgerichte können demnach nicht einmal mehr selber darüber entscheiden, ob sie für eine Straftat zuständig sind oder nicht. Damit wurden alle Maßnahmen zur Ausschaltung der ordentlichen Gerichte für eine praktisch willkürlich bestimmbare Zeit getroffen.

Sprecher: Folterungen als Ermittlungsmethode

Sprecher: BASTONADE (französisch), eigentlich Stockprügel, bei den Türken ehemals übliche, aber jetzt gänzlich abgekommene Strafe - Schläge auf die Fußsohlen oder auch auf den Rücken, mit einem knotigen Strick oder einem ledernen Riemen.

(Meyers Konversationslexikon, Leipzig 1885)

Sprecher: Folterungen gehören zu den Ermittlungsmethoden der Militärstaatsanwaltschaft. Sie überläßt diese Arbeit in der Regel geschulten Polizeikadern. Die durch systematische Folterungen erzwungenen "Geständnisse" dienen den Militärstaatsanwälten bei den Verhandlungen vor Militärgerichten als Beweismaterial. Wir zitieren im folgenden Aussagen der Gefolterten vor Militärgerichten - ihre Aussagen wurden zum Teil in türkischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht - wir zitieren weiter die Folterberichte, die ein Beauftragter von Amnesty International gesammelt hat. Wir ergänzen diese Berichte durch eine Auswahl von Zeugenaussagen vor Militärgerichten.

Sprecher: Aussagen der Gefolterten und Zeugenaussagen über Folterungen

Sprecher: Attila Keskin gehört zu den 18 Angeklagten der Gezmis-Gruppe, die am 9. Oktober 1971 vom 1. Militärgericht in Ankara zum Tode verurteilt wurden. Bei der Verhandlung vom 16. Juli machte er folgende Aussage:

Zitatspr.: Nach unserer Festnahme durch die Gendarmerie in den Nurhak-Bergen wurden ich und meine Freunde auf der Gendarmerie- und Polizeistation 8 Tage lang gefoltert. Der Richter sagt, daß mein Freund Irfan Uçar nicht zur Verhandlung kommen könne, er sei krank und im Hospital. Das ist falsch. Er ist nicht krank, man kann ihn nicht zur Verhandlung bringen, weil er so gefoltert wurde, daß er nicht stehen, geschweige denn gehen kann. So sieht seine "Krankheit" aus. Das ist die einzige Erklärung, warum er ihn nicht herbringen könnte.

Sprecher: İrfan Uçar konnte erst am 9. August zu den Verhandlungen erscheinen. Bei seiner Vernehmung am 9. August sagte er aus:

Zitatspr.: Ich wurde am 27. Mai in Istanbul festgenommen. Bis Tagesanbruch hat man mich auf dem Polizei-Präsidium gefoltert. Morgens um 8 hat man mich in ein anderes Zimmer geführt, mir die Hände auf den Rücken und die Füße an einen dicken Stock gebunden. Dann hat man mich auf den Boden gelegt und angefangen, mich mit Stöcken und Gummiknüppeln zu schlagen. Sie wollten mich zwingen, die mir vom Staatsanwalt vorgeworfenen Delikte zuzugeben. Während drei von ihnen auf meine Fußsohlen schlugen, traten zwei auf meine Arme; ein weiterer drückte mir mit seinem Fuß den Mund zu. Ein anderer hatte seinen Gummiknüppel in meinen After gesteckt, so daß ich mich nicht bewegen konnte. Das dauerte 10 Minuten. Danach streuten sie Salz auf den Boden und ließen mich darüber barfuß auf- und abgehen. Danach fing alles noch einmal von vorne an. Das dauerte bis zum Mittag. Sie steckten meine Füße in Salzwasser und gingen essen. Um 13 Uhr kamen sie zurück und folterten mich weiter. Um 15 Uhr waren meine Fußsohlen aufgeplatzt, da hörten sie auf. Einer von ihnen forderte mich auf, das vorbereitete Geständnis zu unterschreiben. Als ich das ablehnte, setzten sie ihre Folterungen fort. Gegen 17 Uhr 30 waren meine Fußsohlen völlig aufgeplatzt. Man sah schon meine Fußknochen. Da haben sie aufgehört, denn bei jedem Schlag spritzte das Blut auf ihre Anzüge. Ich war fast bewußtlos. Man umwickelte meine Füße mit Lappen und brachte

mich in eine Zelle. Dort blieb ich drei Tage lang ohne ärztliche Behandlung. Ich bekam nur Wasser und ein Yoghurt-Getränk. Am 4. Tag kam ein Freund, Ilkay Demir, Student der medizinischen Fakultät, dem man erlaubt hatte, meine Füße zu behandeln. Es bestand die Gefahr einer Blutvergiftung.

Eine Krankenschwester kam in meine Zelle und gab mir, um die Blutungen in meinem After zu stillen, einige Medikamente. Meine Füße konnte sie nicht behandeln, da sie keine chirurgischen Kenntnisse hatte. Daraufhin hat ein Polizist die herunterhängenden Hautlappen und Fleischstücke an meinen Fußsohlen mit einer Schere abgeschnitten. Erst am 13. Juli wurde ich von meinem Freund Demir behandelt.

Noch am gleichen Tag wurde ich in die Harbiya-Kaserne gebracht.

Sprecher: Aussage des Zeugen Osman Emre vor dem 1. Militärgericht von Istanbul am 22. September 1971:

Zitatspr.: Die Füße des Angeklagten, den man mir bei der Polizei zeigte, waren blutig und mit Watte bedeckt.

Sprecher: Aussage des Zeugen Suleyma Alptekin vor dem 3. Militärgericht von Istanbul am 22. September 1971:

Sprecher: Ich wurde auf das Polizeipräsidium gebracht. Dort sah ich Fräulein Julid Zaim. Sie war völlig zusammengeschlagen und konnte nicht auf den Beinen stehen. Sie wurde von der Polizei geschleppt.

Sprecher: Aussage des früheren Polizeiinspektors Muzaffer Yilmaz vom Polizeipräsidium Istanbul vor dem 1. Militärgericht von Istanbul am 17. August 1971:

Sprecher: Im Polizeipräsidium gibt es eine Folterabteilung. Die Leute, die foltern, kann man den Protokollen der Aussagen entnehmen. Ursprünglich wurde mit den Ermittlungen politischer Straftaten die politische Abteilung beauftragt. Diese Arbeit hat aber in letzter Zeit die 2. Abteilung, das Mordkommissariat übernommen. Das Mordkommissariat wurde speziell dazu ausgebildet, durch Folterungen bestimmte Aussagen zu erzwingen. Sein Chef ist Oberkommissar Zekeriya Aydin.

Sprecher: Stellungnahmen der militärischen Sondergerichte zu Folterungen

Sprecher: Während der Prozesse haben nicht nur die Angeklagten, sondern auch ihre Verteidiger an die Gerichte appelliert, die Erlaubnis für eine medizinische Untersuchung der Angeklagten durch Gerichtsmediziner zu erhalten. Ziel der Angeklagten und ihrer Verteidiger war es, zu beweisen, daß solche "Geständnisse", wie sie in der formellen Anklage der Militär-anwaltschaft enthalten sind, auf den Polizeistationen durch Folterungen erpreßt wurden. Die Entscheidung des 1. Militärgerichts von Anakra am 9. August 1971 - also unmittelbar nach den Aussagen des Angeklagten Irfan Uçar - lautet:

Zitatspr.: Die angeblichen Folterungen stehen mit dem bevorstehenden Prozeß in keinem Zusammenhang.

Sprecher: Die Stellungnahme des 3. Militärgerichts von Istanbul lautet:

Zitatspr.: Das Gericht glaubt, daß es unmöglich ist, festzustellen, ob die Angeklagten gefoltert wurden, um die Wahrheit zu erfahren, oder ob sie gezwungen wurden, Verbrechen zu gestehen, die sie nicht begangen haben. Deshalb glaubt das Gericht, daß es nicht notwendig ist, die Richtigkeit der Anschuldigungen zu untersuchen.

Sprecher: Die Stellung der Strafverteidiger vor den militärischen Sondergerichten

Sprecherin: Für die Rechtsanwälte ist es inzwischen schon beinahe eine Mutprobe, ihre Mandanten vor militärischen Sondergerichten zu verteidigen. Für bestimmte Äußerungen vor Gericht kann ihnen jederzeit mit einem Strafverfahren gedroht werden. Sie müssen in diesem Fall auch mit Freiheitsstrafen und Berufsverbot rechnen. Hier einige Beispiele:

Sprecher: Bei der Sitzung des 1. Militärgerichts von Istanbul am 13. Oktober 1971 verlas der Angeklagte Oktay Kaynak - für ihn ist die Todesstrafe beantragt - einige Zitate aus einer Rede von Kemal Atatürk. Da meinte der militärische Staatsanwalt, daß diese Rede gar nicht von Atatürk, sondern von Lenin oder Stalin sei. Als der Angeklagte Cihan Alptekin gegen diese Behauptung lautstark protestierte, wurde er

durch Gerichtsbeschuß aus dem Gerichtssaal geführt.
Daraufhin legte der Anwalt Demir Özlü seine Robe ab mit
den Worten: 'Hier wird Kemal Atatürk verurteilt'.
Mit vier anderen Rechtsanwälten verließ er den Saal.
Dieser Zwischenfall wurde von einem westlichen Fernsehteam
gefilmt. Die Sitzung mußte vertagt werden.

Sprecherin: Der Gerichtsbeschuß am darauffolgenden Tag:

Sprecher: Die Rechtsanwälte haben in der Anwesenheit westlicher
Fernsehleute eine Gelegenheit gesehen, Kundenwerbung zu
betreiben. Durch dieses Verhalten haben sie das Gericht
beleidigt und ihren Beruf gesetzwidrig herabgesetzt.
Die militärische Staatsanwaltschaft wird beauftragt, die
Angelegenheit an das Justizministerium und die Anwaltskammer
schriftlich weiterzuleiten. Da die Anwälte laut Anwalts-
gesetz nach Niederlegung ihres Mandats ihrer Verteidigungs-
pflicht noch 15 Tage lang nachzukommen haben, wird be-
schlossen, sie durch die militärische Staatsanwaltschaft
zwangsweise vorzuladen.

Sprecherin: Demir Özlü und Necdet Sagir wurden als letzte der fünf
Anwälte am 22. Oktober verhaftet.
Auch gegen elf Rechtsanwälte aus dem Gezmis-Prozeß wurde
inzwischen ein Strafverfahren eingeleitet. Wir zitieren
aus der Tageszeitung CUMHURIYET vom 16. Oktober 1971:

Zitat
Sprecher: Gegen elf Rechtsanwälte des zum Tode verurteilten Deniz
Gezmis und seiner 17 Genossen hat die militärische
Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet.

Das Verfahren wurde aufgrund einer Anordnung der militärischen Ausnahmeverwaltung eingeleitet, mit der Begründung, sie hätten in ihrer gemeinsam verfaßten Verteidigungsschrift die juristische Persönlichkeit der Regierung und der Armee beleidigt.

Die Anwälte, gegen die ein Strafverfahren läuft, sind

Sprecher: Es folgt die Liste der Namen.

Sprecher: Widerstand der Anwälte aus dem Elrom-Prozeß

Sprecherin: Im Elrom-Prozeß, dessen Ausgang, 13 Todesurteile, schon von Anfang an feststeht, beschränkt sich die Rolle der Verteidiger darauf, die formelle Anwesenheitspflicht zu erfüllen. Die elf Anwälte dieses Prozesses haben beschlossen, die weiteren Verhandlungen des 3. Militärgerichts von Istanbul zu boykottieren. Ihre Mandate wollen sie erst in der Revision, d.h. vor dem militärischen Kassationshof, wieder aufnehmen. Auch gegen sie läuft ein Ermittlungsverfahren.

Sprecher: Die Militär-Staatsanwaltschaft zur Erläuterung einiger Begriffe

Sprecherin: Die folgenden Beispiele, meinen wir, geben einmal Aufschluß über die militärischen Ankläger und die Klassenfraktion in der türkischen Gesellschaft, deren Sprachrohr sie sind; zum anderen verdeutlichen sie das Niveau der vor militärischen Sondergerichten geführten Prozesse.

Aus dem Prozeß gegen Mitglieder der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) vor einem Militärgericht von Ankara.

Frau Behice Boran, Vorsitzende der TIP, sagte aus:

Zitat: In der Einführung der Anklageschrift wird der Nationalsozialismus als die grundlegende Philosophie und Weltanschauung dargestellt, die dem Bewußtsein und dem Charakter der türkischen Nation entspreche; wir werden beschuldigt, versucht zu haben, der Nation ihren Nationalsozialismus auszutreiben... Schon aus diesen ersten Zeilen der Anklageschrift können Sie erkennen, das Produkt welcher Anschauung die Anklageschrift ist. Wir lehnen den Faschismus oder seine andere Bezeichnung 'den Nationalsozialismus' als die grundlegende Philosophie und Weltanschauung der türkischen Nation entschieden ab.

Dazu der militärische Staatsanwalt Mustafa Denizli:

Zitatspr.: Wir wollen erläutern, was unter einer national-sozialistischen Ordnung zu verstehen ist. Unter dem Begriff einer national-sozialistischen Ordnung verstehen wir die kemalistische Staatsordnung. Übrigens darf der nationalistische Sozialismus nicht mit dem Nationalsozialismus verwechselt werden. Nationalsozialismus beruht einmal auf Rassismus, zum andern auf Kapitalismus. Nationalsozialismus ist Gewaltherrschaft. Ein typisches Beispiel dafür war das Hitler-Regime. Nationalistischer Sozialismus dagegen ist eine Staatsordnung, die nationalistisch und sozialistisch ist, sie basiert auf sozialer Gerechtigkeit.

Aus dem Prozeß gegen Mitglieder der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) vor einem Militärgericht von Ankara.

Frau Behice Boran, Vorsitzende der TIP, sagte aus:

Zitat: In der Einführung der Anklageschrift wird der Nationalsozialismus als die grundlegende Philosophie und Weltanschauung dargestellt, die dem Bewußtsein und dem Charakter der türkischen Nation entspreche; wir werden beschuldigt, versucht zu haben, der Nation ihren Nationalsozialismus auszutreiben... Schon aus diesen ersten Zeilen der Anklageschrift können Sie erkennen, das Produkt welcher Anschauung die Anklageschrift ist. Wir lehnen den Faschismus oder seine andere Bezeichnung 'den Nationalsozialismus' als die grundlegende Philosophie und Weltanschauung der türkischen Nation entschieden ab.

Dazu der militärische Staatsanwalt Mustafa Denizli:

Zitatspr.: Wir wollen erläutern, was unter einer national-sozialistischen Ordnung zu verstehen ist. Unter dem Begriff einer national-sozialistischen Ordnung verstehen wir die kemalistische Staatsordnung. Übrigens darf der nationalistische Sozialismus nicht mit dem Nationalsozialismus verwechselt werden. Nationalsozialismus beruht einmal auf Rassismus, zum andern auf Kapitalismus. Nationalsozialismus ist Gewaltherrschaft. Ein typisches Beispiel dafür war das Hitler-Regime. Nationalistischer Sozialismus dagegen ist eine Staatsordnung, die nationalistisch und sozialistisch ist, sie basiert auf sozialer Gerechtigkeit.

Sprecherin: Und hier eine Kommunismus-Definition der militärischen Staatsanwaltschaft:

Sprecher: Kommunismus fing im Jahre 1848 an, als zwei Deutsche namens Karl Marx und Friedrich Engels das sogenannte "Kommunistische Manifest" veröffentlichten. Als Karl Marx und Friedrich Engels die herrschende soziale Ordnung kritisierten, haben sie die nach ihrer Meinung mangelhaften und falschen Seiten der eigenen Gesellschaft angegriffen. Friedrich Engels kam aus einer sehr reichen Familie; er teilte mit Karl Marx die gleichen Ansichten, aber er war gottlos und revolutionär. Diese beiden Faktoren führten die beiden zusammen.

Sprecherin: Vor den militärischen Sondergerichten wurden in vier getrennten Prozessen für 83 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

1. Im Geznis-Prozeß wurde für 21 Angeklagte die Todesstrafe beantragt - am 9. Oktober wurden 18 Angeklagte zum Tode verurteilt.
2. Im Prozeß der 83 Marineoffiziere wurde für 41 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.
3. Im Elrom-Prozeß wurde für 13 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.
4. Im Alptekin-Prozeß wurde für 7 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Nach dem bisherigen Verlauf der Prozesse ist mit über 50 Todesurteilen zu rechnen.

Sprecher: Nachtrag zu 'Internationale Verflechtungen' -
zur strategischen Lage

Sprecher: Die Türkei ist ein Land an der Südost-Flanke der NATO. Nachbarn sind: die UdSSR im Norden und Nordosten, der Iran im Osten, der Irak und Syrien im Südosten, Zypern im Süden, Griechenland und Bulgarien im Westen. Krisenherde in unmittelbarer Nachbarschaft sind: der Iran, der Irak, Palästina, Zypern und Griechenland. NATO-Strategen sehen in der Türkei noch immer eine in den weichen Bauch der Sowjetunion geschobene Riesen-Startbahn für die gemischt amerikanisch-türkische im sogenannten Double Key System mit taktischen Atomwaffen gerüstete Strike Force und eine ideale Plattform für Radar- und Abhörstationen. Das anatolische Hochland, von dem aus selbst Aufmärsche in der mittellrussischen Ebene gegen Zentral-Europa früh erkannt werden können, gilt, ergänzt durch die 6. Flotte, als Gegenstück zu den im Mittelmeer anwesenden sowjet-russischen Kräften sowie als politisch-militärischer Keil zwischen der Sowjetunion und deren Brückenkopf im arabischen Mittelosten. Griechenland kann diese Funktion nicht ersetzen. (zitiert nach: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 4.12.1970)

Sprecher: Gastarbeiter

Sprecher: Rund 450.000 von den 2,24 Millionen zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitskräften sind Türken. Die meisten von ihnen transferieren einen nicht geringen Teil ihres Verdienstes

in ihre Heimat - allein 1970, waren es rund 900 Millionen D-Mark, die der Türkei auf diese Weise an Devisen zuflossen. Sie konnte damit nicht nur ihre Auslandsverpflichtungen in Höhe von 700 Millionen DM decken, sondern obendrein auch noch wichtige Importe finanzieren. Die Auslandsüberweisungen, so die Professorin Nermin Abadan von der Universität Ankara, sind unabdingbar für das Land.

Die Kehrseite: Ohnehin schon arme, verödete Gebiete der Gastarbeiterländer bluten vollends aus, und mit jedem Tag wächst die Furcht vor jenem Augenblick, an dem - vielleicht aufgrund einer Rezession in Europas Industriestaaten - die Landsleute und mit ihnen die sozialen Konflikte zurückfluten, die Überweisungen aber ausbleiben.

Kemal Sülker, Generalsekretär der Gewerkschaft DISK, betrachtet denn auch die Arbeit der Türken im Ausland als "Arbeit gegen die Türkei" ... Wenn arbeitslose Türken ins Ausland gehen, dann verhindert das den sozialen Druck, der nötig ist, um die Industrialisierung zu erzwingen. Das erste Ziel muß es sein, daß die Arbeiter in der Türkei bleiben, damit dies ein entwickeltes, hoch-industrialisiertes Land wird. Doch die Regierungen denken nur an eines: 'Laßt uns die arbeitslosen Türken loswerden'. Wenn sie erst mal draußen sind, ist die Regierung an ihrem Schicksal nicht mehr interessiert.

Fazit:

Wie fast alle Abgabeländer, leidet die Türkei unter einer überalteten Bevölkerungsstruktur, denn die reichen

Industriestaaten sind nur an jungen Arbeitskräften interessiert: 90 % der Gastarbeiter in der Bundesrepublik sind jünger als 45 Jahre. Darüber hinaus stellt die massenhafte Emigration von Arbeitskräften - und es sind nicht nur ungelernte Arbeiter, die das Land verlassen, sondern auch qualifizierte Facharbeiter - ein ernsthaftes Problem dar, das mittlerweile in einigen Gegenden schon zu einem spürbaren Mangel an qualifizierten Facharbeitern geführt hat. Die Türkei kassiert zwar Millionen durch die Überweisungen der in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeiter, sie konnte damit Schulden begleichen und ihre Zahlungsbilanz entlasten, doch der Preis, den sie dafür zahlt, ist hoch: ganze Landstriche veröden zunehmend, die wirtschaftliche Entwicklung stagniert oder verläuft zum Teil schon jetzt rückläufig.

(zitiert nach: DER SPIEGEL, Nr. 48/71)

Sprecher: Emircan , Leiter des Türkischen Dienstes der Deutschen Welle, Köln, gleichzeitig Deutschlandkorrespondent der türkischen Nachrichtenagentur:

O-TON:
(Emircan) Am 12. März haben wir natürlich keinen Kommentar gemacht. Wir haben die Nachrichten gegeben, und dann habe ich später, als neue Regierung gegründet war, habe ich einen Kommentar gemacht, um zu sagen, wer der neue Ministerpräsident ist, und dann über die neuen Minister usw., aber ohne jeglichen Kommentar haben wir das gemacht.

Frage: Einfach als Nachrichten?

Emircan: Nein, als so ein Feature haben wir das genommen, als einen Beitrag. Wir haben das in sämtlichen Sprachen ungefähr gegeben. Man kannte den neuen Ministerpräsidenten nicht, man wollte wissen, wer das ist.

Frage:
F. In den letzten Wochen ist einiges geschrieben worden und bekanntgeworden über gefolterte Gefangene in der Türkei.

Emircan: Über was?

Frage:
F. Über Folterungen, über gefolterte Gefangene - politische Gefangene vordringlich, die gefoltert worden sind.
Haben Sie etwas davon gehört?
Können Sie sich vorstellen, daß Sie einen Kommentar dazu verfaßten oder einen Kommentar verfassen ließen?

Emircan: Wenn ich also wußte, daß in der Türkei die Menschen gefoltert sind, hätte ich ohne Zögern sofort einen scharfen Kommentar selber gemacht, und die Deutsche Welle hätte das bestimmt gesendet. - Ich glaube das nicht.

Frage:
F. Sie glauben nicht, daß gefoltert wird?

Emircan: Das ist unmöglich. Da muß man in die Türkei fahren, um zu sehen, wie diese Gerichte verhandeln, um zu sehen, daß wir ununterbrochen die Armee beleidigen usw. Die Menschen, die dort sich so freibenehmen, konnten einfach sagen, man hat uns gefoltert.

Frage:
B. Es gibt einen anderen Vorwurf, der in der letzten Zeit in der Presse stand. Man liest, daß also die Linken im Augenblick

- und selbst die Liberalen stark verfolgt werden, gegen die Rechten dagegen nichts oder zu wenig getan wird. Man weiß von Morden vor dem März von zwölf Studenten, gegen die ist nichts unternommen worden. Wie schätzen Sie dieses Mißverhältnis ein?

Emircan: Also, in der Türkei ich kann die Zahlen nicht geben, weil ich kenne sie nicht, aber ich kann Sie versichern, daß in der Türkei mindestens dreimal so viele Rechtsradikale im Gefängnis sitzen als Links... - mindestens - heute, und zweimal so viel mindestens. Das kann ich garantieren und beweisen.

Frage:
B. Wie ist denn das Echo auf Ihre Sendungen aus der Türkei, kriegen Sie da sehr viel Leserbriefe, Hörerbriefe? Kommen da auch Vorschläge für die Sendungen - daß die vielleicht irgendwas anregen, oder wie ist das im allgemeinen?

Emircan: Nun, wenig. Wir machen genau das, was zumeist die 'Stimme Amerikas' oder BBC macht, also programmäßig machen und genau dasselbe, oder was zumeist Radio Moskau macht, so mache ich die Kommentare, bilaterale Sachen usw.

Frage:
B. Es gab ja jetzt im September die Verfassungsänderung. Haben Sie da etwas zu gemacht, so einen Kommentar oder darüber informiert?

Emircan: Nein, aber wir werden wahrscheinlich sehr bald einen Kommentar von Professor Hirsch haben. Professor Hirsch war ja, er hat über die türkische Verfassung gearbeitet, er war Rektor an der Berliner Universität, und er wird

uns eine Reihe von Kommentaren machen, weil es ist sehr interessant; nach seiner Ansicht war die türkische Verfassung von 1961 viel liberaler als die bundesrepublikanische, als die französische usw., das ist natürlich, das war scheinbar zu viel. Und jetzt sind bei manchen, nach seiner Meinung sind heute noch manche Paragraphen, die viel liberaler sind.

Frage: Ministerpräsident Erim sagte - das habe ich gelesen in
B. einer Zeitung -, daß die Verschwörung, gegen die er kämpft, seine Regierung, vom westlichen Ausland käme, von Schweden, der Bundesrepublik und Italien.

Emircan: Bundesrepublik?

Frage: Ja, dass die ausginge von einer Verschwörung - 'Schwarze
B. Tulpe' - Glauben Sie, das ist haltlos, dieser Verdacht?

Emircan: Nein, von der Bundesrepublik habe ich nichts gehört, und er hat das nicht gesagt. Er ist ein vorsichtiger Mann, ein sehr sehr feiner Mann, er wird niemals sagen, die Bundesrepublik hat so etwas geduldet. Nein, er hat gesagt, manche Kreise in Schweden usw.

Sprecher: Aussichten - Demonstration Köln, 30. Oktober 1971

(Einblendung O-Ton / Demonstrationsgeräusche)

Passant: Das ist eine Demonstration, angeblich initiiert von den Türken, und das hinten ist jetzt die Gegenpartei, die gegen die wieder mit Steinen vorgehen, also irgendwie ...

Frage: Wissen Sie, warum die Türken hier diese Demonstration veranstaltet haben?

Passant: Nein, das weiß ich nicht.

Frage: Haben Sie nichts in der Zeitung gelesen?

Passant: Nein, nein.

Frage: Im Rundfunk und im Fernsehen auch nicht?

Passant: Nein, nein.

Passant: Nee, habe ich nichts drüber gehört, interessiert mich auch nicht, wissen Sie, ich bin der Ansicht, daß jede Regierung, soweit sie eben vom Volke gewählt ist, - man weiß ja nicht, inwiefern ---

Frage: Eine Militärdiktatur ist ja die Türkei -

Passant: Die Diktatur ist immer schlecht, wie gesagt, man hat keinen Überblick, und da kann man sich auch nicht dafür mit Ja oder Nein entscheiden.

(Demonstrationsgeräusche)